

in Verbindung mit ernstem Gebet seine Früchte trägt? Er stammt aus einem echten liturgischen Denken und ist ein vernünftiger asketischer Akt, der aber nicht mit den schwachen Kräften des menschlichen Willens rechnet, sondern mit der Wirkung der erflchten Gnade, die Christus unserm Bußwerk hinzufügen muß. Das Freitagsopfer sollten alle gläubigen Christen unbedenklich bringen und fleißig üben, schon um zu erfahren, wie schwer selbst dem beherrschten Menschen diese kleinen einmaligen Opfer fallen. So kann es der erste Schritt zu einer Wende sein, nicht zum Puritanismus — der Papst spricht nicht von Prohibition, sondern von der Einhaltung des rechten Maßes —, zu einer Wendung des Glaubens also, der im Bewußtsein menschlicher Schwachheit seine ganze Hoffnung auf die Gnade setzt. Das Ausmaß des Lasters als einer Frucht der Angst kann nur noch die Gnade überwinden.

4. Und doch können auch wir einiges mehr dafür tun. Bedenken wir eine erregende Tatsache, die unsere Aufmerksamkeit verdient: warum sind die Mitglieder der sogenannten „enthusiastischen“ Sekten am Rande der Christenheit gegen den Mißbrauch der Genußmittel gefeit? Weil sie es verstehen, nicht nur die Kräfte des Verstandes und des Willens anzusprechen, sondern sie entfesseln auch die Kräfte des Gemütes und begeistern die Gläubigen zu hinreißender Liebe für Christus und zu außerordentlichen Opfern (denken wir nur an den Zehnten des Einkommens!). Ist die Liturgie der Kirche mit ihrer römischen Gemessenheit dazu weniger geeignet? Haben wir nicht auch im katholischen Raum ausgesprochen „enthusiastische“ Bewegungen, die nicht immer zur Freude des Klerus aus der gewohnten Liturgie ausbrechen oder sich an bestimmte Lieblingsfeste anklammern, bei denen das Herz stärker zum Leben kommt? Die marianische Frömmigkeit aller Grade, die Legion Mariens, sind das nicht ernste Zeichen der Zeit, die einen richtigen Weg anzeigen und unsere Pastoral vor unüberhörbare Fragen stellen? Wir kennen den Weg. Der hl. Ignatius hat ihn in vier schlichte Worte gefaßt: *Sanguis Christi inebria me* — Blut Christi, berausche mich! Sollte nicht in dem geradezu heidnischen Rauschbedürfnis der von Lebensangst umgetriebenen Menschen eine Wahrheit zum Durchbruch kommen, deren sich Christus annimmt, eine urchristliche Wahrheit: daß der Mensch nicht so sehr zum Weisen berufen ist, sondern zum Liebesopfer, zu dem, was der Völkerapostel den „Geistesmenschen“ nennt, zu außerordentlicher Existenz?

Beten wir doch darum, daß der Glaube und die Liturgie der Kirche wieder als ein „berauschender Wein“ gereicht werden. Anima Christi ...

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Stellungnahme der Bischöfe zur Frage der Vierzigstundenwoche und zur Frauenarbeit

Zur Frage der Vierzigstundenwoche, die im vergangenen Jahr in Deutschland immer häufiger gefordert, z. T. auch schon verwirklicht worden ist, und deren Auswirkungen für die Familie, das persönliche Wohl des Einzelnen wie auch für die gesamte Gesellschaft haben Ende November die deutschen Bischöfe Stellung genommen. Zusammen mit

dem zweiten Punkt der Erklärung: der außerhäuslichen Berufsarbeit der verheirateten Frau, stellt die Stellungnahme eine unüberhörbare Kritik an dem gegenwärtigen Zustand der sozial-wirtschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik dar. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Die unaufhaltsam fortschreitende Technisierung des heutigen Lebens stellt den Menschen überall vor neue Fragen und neue Entscheidungen. Es gehört zu den Aufgaben des Lehr- und Hirtenamtes der Bischöfe, die unveränderlichen Grundsätze der Glaubens- und Sittenlehre auf die jeweils veränderte Situation anzuwenden. Zwei Fragen drängen sich heute in den Vordergrund und verlangen eine Stellungnahme der Bischöfe: die viel erörterte Einführung der Vierzigstundenwoche und das Problem der Frauenarbeit.

Die Bischöfe betrachten es nicht als ihre Aufgabe, festzustellen, ob und wo unsere wirtschaftlichen Verhältnisse die Einführung der Vierzigstundenwoche gestatten. Sie können jedoch zu Fragen der sozialen Ordnung nicht schweigen, wenn die göttlichen und kirchlichen Gebote sowie die sittlichen Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung davon betroffen werden.

Zweifellos kann die Vierzigstundenwoche unter gewissen Voraussetzungen einen wahren Fortschritt bedeuten. Sie mag es dem Menschen erleichtern, den notwendigen inneren Abstand von der Technik zu wahren. Sie bietet ihm die Möglichkeit, den Sonntag — der dann mehr als bisher von öffentlichen Veranstaltungen und Versammlungen freigehalten werden sollte — als den Tag des Herrn und den Tag der Ruhe zu erleben. Sie kann ihm helfen, dem heute vielfach behinderten Familienleben wieder größeren Raum zu geben. Nicht zuletzt vermag die erstrebte Neuordnung den Arbeitern und Angestellten wie auch den leitenden Männern der Betriebe und Verwaltungen jenes Maß von Entspannung und Erholung zu sichern, das den erhöhten Anforderungen des modernen Wirtschaftslebens entspricht. Ein freies Wochenende mit einem freien Tag vor dem freien Sonntag ist aus diesen Gründen überall da zu begrüßen, wo es sich durchführen läßt.

Nicht in jedem Fall ist indessen die Kürzung der Arbeitszeit ein wirklicher Gewinn. Mit der Kürzung ist meist eine Neugestaltung der Arbeitszeiten nötig. Dabei muß sicher die Eigenart der einzelnen Betriebszweige berücksichtigt werden. Im Endergebnis darf aber nicht eine Erhöhung, sondern muß eine Verminderung der Sonntagsarbeit stehen. Als Grundsatz muß gelten, unter den vielen möglichen Systemen der Arbeitszeitgestaltung dasjenige auszuwählen, das die Arbeiter in möglichst großem Umfang in den Genuß des arbeitsfreien Sonntags zusammen mit ihren Familien bringt.

Gleitende Arbeitswoche

Man hat vorgeschlagen, die Betriebe mittels der ‚gleitenden Arbeitswoche‘ in größerem Umfang als bisher auch über den Sonntag pausenlos arbeiten zu lassen. Auf diese Weise sollen für die einzelnen Schichtgruppen der Arbeiter bei gleichbleibender Produktionsleistung kürzere Wochenarbeitszeiten erzielt werden. Bei diesem Verfahren gewinnt der einzelne Arbeiter zwar eine größere Anzahl freier Tage, jedoch bleibt ihm nur jede dritte, vierte oder gar fünfte Woche ein völlig arbeitsfreier Sonntag. Der Rhythmus von Arbeit und Freizeit wird vom Laufe der Woche gelöst, der Sonntag verliert seine herrschende Stellung.

Vor einem solchen Weg können wir Bischöfe nur nachdrücklich warnen. Wenn die Senkung der Arbeitszeit auf diese Weise angestrebt wird, erwächst aus dem Verlust des Sonntags und seiner religiösen und menschlichen Werte die unmittelbare Gefahr, daß der Mensch sich noch weiter von Gott entfernt. Die Erwerbsarbeit wird zum alles beherrschenden Idol. Es ist offensichtlich, daß die gleitende Arbeitswoche, bei der den einzelnen Schichtengruppen ihre Freizeit an verschiedenen Tagen gewährt wird, eine weitere erschreckende Aufsplitterung unserer Familien mit sich bringt. Es kann dahin kommen, daß der Vater, die arbeitende Mutter und die heranwachsenden Kinder Wochen hindurch keinen freien Tag gemeinsam verleben können.

Wir ermahnen daher die Gläubigen mit allem Ernst, die von Gott gebotene Heilighaltung des Sonntages nicht zu vergessen, sondern mutig dafür einzutreten.

Die Gefahr einer weitgehenden Loslösung der gesellschaftlichen Ordnung von dem höchsten Ziel der Menschheit, Gott zu dienen, wird immer bedrohlicher. Es sind bereits Stimmen laut geworden, die zum Ausgleich für die erstrebte Arbeitszeitverkürzung die Aufhebung der bis heute staatlich geschützten kirchlichen Feiertage fordern. Die kirchlichen Feiertage werden dabei nur als Freizeittage bewertet. Einer solchen Verkennung ihres wahren Wesens und Gehaltes müssen wir Bischöfe mit allem Nachdruck widersprechen.

Um den rechten Sinn der Arbeit

Die Art und Weise, in der man das Ziel der Vierzigstundenwoche vielfach erreichen möchte, und die Begründung, die man nicht selten für ihre Einführung gibt, zeigen, daß in unserem Volk weithin völlig falsche Vorstellungen vom Wesen der Arbeit und von ihrer Bedeutung für das menschliche Leben bestehen. Es wäre unheilvoll, wenn die Einführung der Vierzigstundenwoche diese irrige Auffassung fördern und verfestigen würde. Für eine segensreiche Entwicklung der Gesellschaft ist es von entscheidender Bedeutung, daß es dem Menschen gelingt, das richtige Verhältnis zur Arbeit zu finden. Er geht in die Irre, wenn er in der Arbeit nichts sieht als ein Übel, dem man sich nach Möglichkeit zu entziehen sucht. Ebenso verhängnisvoll täuschen sich jene, die mit der Veränderung der gesellschaftlichen Zustände und einer Vermehrung der materiellen Güter durch die Hand des Menschen ein Paradies auf Erden glauben schaffen zu können. Wer offenen Auges und vorurteilsfrei die Welt betrachtet, muß erkennen, daß die beiden angedeuteten Lebensauffassungen der Wirklichkeit nicht entsprechen und der menschlichen Gesellschaft nicht zum Heile dienen. Durch die Arbeit erfüllt der Mensch den hohen Auftrag Gottes, sich die Schöpfung nach dem Willen des Herrn untertan zu machen. Er soll nicht Sklave, sondern Herr allen Wirtschaftens sein. Der gläubige Christ verfällt nicht dem Wahn, der Mensch könne durch eigene Anstrengung ein Paradies auf Erden schaffen. Die Arbeit wird ihm immer auch Last und Buße sein; im Zeichen des Kreuzes aber wird sie zu einer Quelle des Segens und der Gnade.

Wer in solcher Haltung an die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und der Arbeitsbedingungen herangeht, bleibt davor bewahrt, an die Verkürzung der Arbeitszeit übertriebene Erwartungen zu knüpfen. Die nüchterne Erfahrung lehrt überdies, daß ein nicht geringer Teil der Arbeiter schon jetzt seine Freizeit für besonders bezahlte Überstunden freiwillig preisgibt, um mehr zu verdienen.

Bei Einführung der Vierzigstundenwoche müßte der gesetzliche Schutz des Sonntags wirksam verstärkt werden, denn eine noch stärkere Ausweitung dieser Tendenz würde die geplante Arbeitszeitverkürzung vollends um ihren Sinn bringen.

Wir deutschen Bischöfe mahnen, in den Bestrebungen um die Verkürzung der Arbeitszeit auch die soziale Gerechtigkeit walten zu lassen. Wir denken namentlich an jene Gruppen unseres Volkes, für die eine solche Kürzung, unabhängig von der Sicht wirtschaftlicher Rentabilität und Bedarfsdeckung, gar nicht oder nur schwer zu wirklichen ist. Es darf nicht sein, daß größere Macht, auch nicht die der großen Organisationen, ohne Rücksicht auf andere Volksgruppen eingesetzt wird.

Sinnvoller Gebrauch der Freizeit

Mit allem Nachdruck müssen wir in diesem Zusammenhang noch auf eine letzte Frage hinweisen. Die Bestrebungen um die Senkung der Arbeitszeit werden ihren Sinn verlieren, wenn nicht gleichzeitig alles getan wird, um den Arbeitnehmern einen sinnvollen Gebrauch der neugewonnenen Freizeit zu ermöglichen. Hier öffnet sich ein wichtiges Arbeitsfeld für unsere gesamte Seelsorge, insbesondere für unsere katholischen Landesorganisationen. Ein Gesichtspunkt sei hier besonders hervorgehoben. Wer den arbeitenden Menschen in unzureichender Wohnung beläßt, muß sich darüber klar sein, daß er ihn durch eine Kürzung der Arbeitszeit in aufreizende Vergnügungen und in weitere Unrast geradezu hineintreibt. Darum betonen wir auch an dieser Stelle nochmals die Notwendigkeit angemessener, familiengerechter Wohnungen. Die familiengerechte Wohnung — besonders das Eigenheim mit Garten — ist die beste Voraussetzung für Ruhe und Erholung des arbeitenden Menschen und für ein wahrhaft glückliches Familienleben. Wir empfehlen den Gläubigen dringend, von den heute gebotenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, ein eigenes Heim zu erwerben.

Wir deutschen Bischöfe werden es freudig begrüßen, wenn durch die Verkürzung der Arbeitszeit in Verbindung mit der Erstellung familiengerechter Wohnungen die Entfaltung eines gesunden Familienlebens begünstigt wird. In der Förderung der Familie liegt der wichtigste Beitrag zu einer wirksamen Sozialreform. Die gesunde, eigenständige Familie ist der Hort der Freiheit, der Menschenwürde, der Erziehung zum Gemeinwohl. Sie ist der wirksamste und beständigste Schutzwall gegen die Gefahr einer Totalisierung des Staatslebens.

Diese Überlegungen zeigen, wie eng die Lösung der sozialen Probleme und die Beurteilung möglicher Reformwege mit dem Menschenbild und den Grundauffassungen über die Gesellschaftsstruktur zusammenhängen. Darum erkennen wir Bischöfe dankbar an, daß sich heute an vielen Orten junge Menschen in den Bildungseinrichtungen der Kirche ernsthaft bemühen, das katholische Menschen- und Weltbild kennenzulernen und die soziale Ordnung danach auszurichten.

Der außerhäusliche Beruf der Frau heute

Wenn das Bewußtsein von der richtigen Ordnung der Gesellschaft, insbesondere von der Bedeutung der Familie, in unserem Volke wächst, wird man auch Verständnis für das andere gesellschaftliche Problem gewinnen, das die deutschen Bischöfe bewegt. Wir meinen die Frage der

außerhäuslichen Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen und Familienmütter.

Die Entwicklung unseres Volkes von einer agrarisch und handwerklich bestimmten Kultur zur vorwiegend arbeitsteiligen Industriegesellschaft hat die Stellung der Frau in der Familie und in der Gesellschaft entscheidend verändert. Viele Frauen verloren auf diesem Wege einen Teil ihrer häuslichen Aufgaben. Sie suchten daher ihre freigewordene Kraft anderweitig zum Wohl der Menschen einzusetzen. Unzureichende Arbeitslöhne ihrer Männer zwangen manche Frauen, durch eigene Arbeit außerhalb des Hauses das Familieneinkommen zu erhöhen. Diese Tatsache hat Papst Pius XI. zu den scharfen Worten veranlaßt (*Quadragesimo anno* 71), die die deutschen Bischöfe auch heute noch mit allem Ernst unterstreichen: „Daß Hausfrauen und Mütter wegen Unzulänglichkeit des väterlichen Arbeitsverdienstes zum Schaden ihres häuslichen Pflichtenkreises und besonders der Kindererziehung außerhäuslicher Erwerbsarbeit nachzugehen genötigt sind, ist ein schändlicher Mißbrauch, der, koste es, was es wolle, verschwinden muß.“

Das heilsamste Mittel, um die Ehefrauen und Familienmütter von dem verderblichen Zwang zur Erwerbsarbeit außerhalb der Familie zu befreien, ist ein gerechtes und angemessenes Einkommen der Familie. Deshalb begrüßen wir deutschen Bischöfe es mit Dankbarkeit und Freude, daß endlich auch in unserem Vaterland ein erster Schritt in dieser Richtung getan worden ist. Den Familien mit mehreren Kindern wird seitdem eine Zulage zum Arbeitslohn des Vaters gewährt. Bis dahin schien es, als ob das Prinzip des Leistungslohnes zu einem unüberwindlichen Hindernis für die soziale Gerechtigkeit werden würde. Der Anfang ist gemacht, wenn auch das bisher Erreichte noch keineswegs genügt. Es sollte das Bemühen aller Kräfte sein, denen Gerechtigkeit und Menschenwürde in der sozialen Ordnung am Herzen liegen, auf dem einmal eingeschlagenen Weg weiter fortzuschreiten. Die wachsende Ergiebigkeit der Wirtschaft muß zunächst unseren Familien zugute kommen, die von der Wirtschaftsordnung allzu lange nicht beachtet worden sind. Unsere Forderung nach dem familiengerechten Einkommen richtet sich in erster Linie an die Verantwortlichen der Wirtschaft. Wir mahnen aber auch alle Gläubigen, das häusliche Glück und eine geordnete Kindererziehung nicht durch unnötige außerhäusliche Erwerbsarbeit der Familienmütter zu gefährden. Zweifellos kann eine gute Berufsausbildung der Frau in jungen Jahren besondere Persönlichkeitswerte vermitteln und ihr für die Wechselfälle des Lebens eine vielleicht notwendige Ausrüstung und Sicherung geben. Wenn jedoch eine Frau nach der Eheschließung die Aufnahme oder Fortsetzung außerhäuslicher Erwerbsarbeit in Erwägung zieht, sollte sie alle in Betracht kommenden Gründe und Gegenstände auf das gewissenhafteste prüfen. Eine vertiefte Kenntnis der Erziehungsaufgaben und der wachsenden Erziehungsschwierigkeiten wird ihr heute nahelegen, zugunsten eines geordneten Familienlebens und sorgfältig geführten Haushaltes auf Erhöhung des Lebensstandards durch eigene Erwerbstätigkeit zu verzichten.

Im Vorstehenden ist — das mag ausdrücklich betont werden — nur über die Erwerbstätigkeit der Ehefrauen gesprochen worden. Mit besonderer Liebe denkt die Kirche an die große Zahl der Witwen, die den Gatten und Ernährer im Krieg oder im Erwerbsleben opfern mußten und damit in einen schweren Lebenskampf für

sich und ihre Kinder gezwungen wurden. Gerade im Hinblick auf diese Witwen ergeht unsere dringende Bitte an die Wirtschaft, Halbtagsarbeit und Kurzarbeit für Frauen zu ermöglichen.

Den unverheirateten Frauen gibt die Berufsarbeit heute noch mehr als früher die Möglichkeit, allein durchs Leben zu gehen. Der Stand der christlichen Jungfräulichkeit findet damit innerhalb der Welt eine neue Weise der Verwirklichung. Die Kirche schaut mit Ehrfurcht auf die vielen Frauen, die trotz aller Opfer und Gefahren diesen Weg zu gehen bereit sind und sich oft noch in ihrer Freizeit in den Dienst der Kirche und der Caritas stellen. Ihnen aber, den Unverheirateten und den Witwen, einen angemessenen Platz in der gesellschaftlichen Ordnung einzuräumen, ist dringendes Gebot der Gerechtigkeit und der Liebe. Überaus wichtig ist darum heute die Frage frauengemäßer Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen. Es ist nicht angängig, die auf Erwerbstätigkeit angewiesenen Frauen einfach als das Reserveheer der Industrie anzusehen und sie ohne Rücksicht auf ihre leibliche und seelische Eigenart anstelle fehlender Männer einzusetzen. Sonst werden für unsere Frauen und damit unser Volk Gefahren heraufbeschworen, die in ihrer Tragweite nicht abzusehen sind. Mögen jene, die um die Besserung der menschlichen Beziehungen in unserer Arbeitswelt bemüht sind, sich dieser Frage besonders annehmen.

Wie sich aus dem Gesagten ergibt, handelt es sich bei den Fragen der Vierzigstundenwoche und der Frauenarbeit um Entscheidungen, die keineswegs nur die Volkswirtschaft angehen. Sie sind vielmehr auch von größter sittlicher und religiöser Bedeutung, zumal, wenn man sie im Zusammenhang mit der Familie sieht. Wir bitten alle, die diese Fragen angehen und die für ihre Lösung verantwortlich sind, herzlich und dringend, die von uns dargelegten Gesichtspunkte ernsthaft zu erwägen.

Im Jahre 1931 richtete Pius XI. sein großes Rundschreiben über „Die gesellschaftliche Ordnung, ihre Wiederherstellung und Vollendung nach dem Heilsplan der Frohbotschaft“ an die Menschheit. An dieser Neuordnung und Erneuerung der gesellschaftlichen Ordnung in unserem Vaterlande nach Kräften mitzuarbeiten, drängt uns Bischöfe gleicherweise die pflichtgemäße Sorge unseres Hirtenamtes wie innige Liebe zu unserem Volke. Gebe Gott, daß auch die vorliegende Stellungnahme ein wenig zur Erreichung des vom Heiligen Vater aufgezeigten großen Zieles beitrage.“

Familienlastenausgleich — eine Denkschrift des Bundesministers für Familienfragen

Der Bundesminister für Familienfragen, Franz J. Wuermeling, hat der Öffentlichkeit eine Denkschrift zur Frage des Familienlastenausgleichs übergeben.

Die Denkschrift ist von allen Mitgliedern des Beirats des Bundesfamilienministeriums gebilligt worden. Der Beirat hat selbst aktiv an dem Inhalt der Denkschrift mitgearbeitet. Ihm gehören an als Vertreter der Wissenschaft die Professoren Harmsen, Hamburg, J. Höffner, Münster, L. Neundörfer, Frankfurt, und H. Schelsky, Hamburg; ferner fünf Persönlichkeiten als Vertreter der Praxis und die Vorsitzenden der drei Familienverbände in der Bundesrepublik. Stellvertretender Vorsitzender des Beirats ist der Leiter des Sozialreferates der Evangelischen Kirche Westfalens, Klaus von Bismarck, Villigst.

Es handelt sich bei der Denkschrift um eine wissenschaftliche Arbeit. Ihr Ziel ist, die wirtschaftliche Wirklichkeit der Familie mit Kindern in der Bundesrepublik darzustellen. Erst auf Grund sehr umfänglicher soziologischer und wirtschaftlicher Untersuchungen des gegenwärtigen Zustandes (sie machen mehr als drei Fünftel der Denkschrift aus) werden Möglichkeiten zur Lösung entwickelt. Die Denkschrift führt daher als Untertitel: „Erwägungen zur gesetzlichen Verwirklichung“.

Über Sinn und Ziel des Familienlastenausgleiches stellt die Denkschrift fest: „Worum es geht, ist . . . nicht Fürsorge, sondern — grundsätzlich ohne Inanspruchnahme zusätzlicher Mittel des Staates — gerechtere Verteilung der Kosten für die nächste Generation. Dabei ist nicht an eine Befreiung der Familie von den Kinderkosten oder auch nur an eine dem angenäherte Lösung gedacht. Der Zwang zum Verzicht auf materielle Güter bedeutet sicher auch sittliche Stärke. Er soll jedoch auf ein Maß zurückgeführt werden, das tragbar erscheint und das vor allem die Kinder davor bewahrt, Schaden zu nehmen.“

Kindergeldsätze in anderen Ländern

Was für die Familie in anderen Ländern getan wird, läßt sich am leichtesten an den Kindergeldsätzen der einzelnen Länder ablesen. Danach erhielt eine Arbeitnehmerfamilie mit fünf minderjährigen Kindern neben dem Lohn des Ernährers regelmäßig monatlich folgende Barleistungen:

Frankreich	493 DM	Jugoslawien	140 DM
Chile	276 „	Neuseeland	123 „
Belgien	232 „	Finnland	119 „
Luxemburg	190 „	Schweden	97 „
Island	173 „	Australien	93 „
Kanada	170 „	Niederlande	89 „
Österreich	158 „	Uruguay	82 „
Italien	150 „	Großbritannien	82 „
Deutschland (Bundesrepublik) 75 DM.			

Wandel der soziologischen Situation der Familie

Die Denkschrift gibt zunächst einen kurzen Abriss der geschichtlichen Entwicklung der Familie in den letzten 200 Jahren. Sie stellt als entscheidenden Grund für die veränderte Familienstruktur die Industrialisierung hin. „Die Produktion ging jetzt überwiegend aus dem allen Mitgliedern Lebenssicherheit bietenden Hort der Familie in den industriellen ‚Betrieb‘ über. Der Familienvater arbeitete nunmehr zum genau kalkulierten Leistungslohn in diesem Betrieb, der einem Fremden gehörte. Kinder waren jetzt wirtschaftlich nicht mehr Gewinn (wie in der alten hausgebundenen Wirtschaft), sondern Belastung.“ Heute arbeiten rund 80% der Erwerbstätigen in fremden Betrieben. Sie alle leben vom Leistungslohn. „Der Leistungslohn, volkswirtschaftlich eine Notwendigkeit, steht dem Ledigen in der gleichen Höhe zu wie dem Familienvater mit Kindern. Letzterer ist daher mit seiner Familie der Entbehrung preisgegeben, wenn — wie es überwiegend der Fall ist — der Leistungslohn nicht das Großziehen von Kindern berücksichtigt. In höheren Einkommensschichten wird die Familie mit mehreren Kindern in der Regel vom Lebensstandard ihrer Schicht ausgeschlossen.“ — Wie reagierte die Familie auf diese geänderte Situation? Sie schränkte die Kinderzahl radikal ein. Die Denkschrift weist nach, daß der Geburtenschwund nicht erst eine Folge des Ersten Weltkrieges gewesen ist. Er trat bereits um 1900 ein als unvermeidbare Folge einer

industrialisierten Gesellschaft. Er blieb nur lange Zeit verdeckt durch eine durch Medizin und Hygiene bewirkte Steigerung der Lebenserwartung, also durch verminderte Sterblichkeit (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 271). Die Geburtenüberschüsse in Deutschland während der letzten 50 Jahre waren nur scheinbar. Familienpolitik ist bei uns in den letzten 15 Jahren nicht mehr betrieben worden. Die Bundesrepublik hat neben Italien in der Geburtenentwicklung von 1938 bis 1953 einen Rückschritt um 40 v. H. (20 v. H.) zu verzeichnen. Demgegenüber steht die Entwicklung des Geburtenüberschusses in verschiedenen Ländern während der gleichen Zeitspanne. Der Geburtenüberschuß nahm zu in:

USA	um 130 v. H.	Kanada	um 85 v. H.
Chile	um 125 v. H.	Australien	um 80 v. H.
Irland	um 90 v. H.	Großbritannien	um 22 v. H.
		Frankreich	um 800 v. H.

Trotz der hohen Zunahme in Frankreich liegen auch hier — wie übrigens in allen Ländern Europas — keine Zahlen vor, die den absoluten Stand des Geburtenüberschusses der überseeischen Länder auch nur annähernd erreichten (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg. Soziogr. Beilage Nr. 1). Die Entwicklung des Geburtenüberschusses hat verschiedene Ursachen; eine davon — das gilt zumindest für die zivilisierten Länder — liegt in familienpolitischen Maßnahmen.

Was kosten Kinder?

„Jede Diskussion über die wirtschaftliche Lage der Familie muß von der nüchternen — von ethischen Überlegungen isolierten — Feststellung ausgehen, was Kinder kosten. Erst wenn hierüber klare Vorstellungen bestehen, kann ein Urteil über die derzeitigen und die demgegenüber etwa notwendigen Vergünstigungen für Kinder abgegeben werden.“ Wie in der Denkschrift festgestellt wird, ist bis jetzt die Aufstellung eines solchen exakten „Familienbudgets“ noch kaum versucht worden. Zunächst werden einmal die Zahlen vorgelegt, die der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge als Existenzminimum errechnet hat. Die Sätze berücksichtigen nicht die Ausgaben für Miete, Bekleidung und Feuerung. Sie betragen monatlich für:

Erwachsene Personen	je 57 DM
Zweite und folgende erwachsene Personen im Haushalt	je 45 DM
Jugendliche von 14 bis 18 Jahren (Lehrlinge)	56 DM
Jugendliche von 14 bis 18 Jahren	51 DM
Kinder von 10 bis 14 Jahren	46 DM
Kinder von 7 bis 10 Jahren	41 DM
Kinder von 4 bis 7 Jahren	34 DM
Kinder von 1 bis 4 Jahren	31 DM
unter einem Jahr	22 DM

Für den Durchschnitt aller Lebensalter ergibt sich also ein Betrag von rund 40 DM monatlich, der sich durch Miete, Bekleidung und Heizung auf rund 60 DM erhöht. Bei diesen 60 DM handelt es sich, wohlverstanden, um eine unterste Grenze, die als Richtschnur für kommende Fürsorgesätze dienen soll. „Niemand wird wünschen, daß auch nur ein Teil unserer Normalfamilien (Vater in Arbeit) unter ständiger bitterer Entbehrung und ohne Lebensfreude nach den Sätzen der Fürsorge lebt. Im weiteren Verlauf der Untersuchung wird deutlich werden, daß die gegenwärtige Ordnung der Dinge an einen zahlenmäßig

hohen Teil der Mehrkinderfamilien ein solches Ansinnen tatsächlich stellt.“

Wenn man von den notwendigen Bedürfnissen des Kindes ausgeht, dann kommt man nach den Ermittlungen der Denkschrift auf rund 80 DM monatlich für das erste Kind (Durchschnitt der Ausgaben für alle Altersklassen), und zwar bei einem Monatseinkommen des Ernährers von 400 DM. (Alle Berechnungen der Denkschrift basieren auf den Verhältnissen von 1954.) Dieses Ergebnis wird gestützt durch einzelne Untersuchungen verschiedener statistischer Landesämter sowie des Statistischen Bundesamtes. Gerade die Untersuchungen des Bundesamtes haben erwiesen, daß die untersuchten Familien gezwungen waren, bei zunehmender Kinderzahl und gleichbleibendem Einkommen „die Ausgaben für die Kinder gleichmäßig radikal herabzusetzen. Bei drei und mehr Kindern ergibt sich nach den Feststellungen des Statistischen Bundesamtes als Durchschnittsaufwendungen aller Lebensalter ein Betrag von 54 DM, der bereits unter dem Fürsorgesatz liegt.“ Bei steigender Kinderzahl fallen die Kosten etwas, sie fallen jedoch bei weitem nicht so stark, wie im allgemeinen angenommen wird. Sie sind vor allem bei der Ernährung gleichbleibend. Man muß daher — ebenfalls auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen — bei einem Einkommen von 400 DM monatlich folgende durchschnittlichen Kostensätze annehmen:

- 1. Kind 80 DM
- 2. Kind 72 DM
- 3. Kind und weitere Kinder je 68 DM.

Steigende Aufwendungen für Kinder bei steigendem Einkommen

„Die Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes bestätigen die Lebenserfahrung, daß die Aufwendungen für das Kind mit steigendem Einkommen zunehmen. Im Rahmen eines Ausgleichs der Kinderlasten kann diese Steigerung naturgemäß nicht in vollem Umfang als ausgleichsbefähigt anerkannt werden. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß sich eine Reihe von Ausgaben für die Kinder weitgehend zwangsläufig erhöhen, wenn die Lebensstellung des Ernährers höher ist, es sei denn, daß man der Familie mit Kindern einen Lebensstandard zumutet, die den Absturz aus ihrer sozialen Schicht bedeutet.“ Die Verfasser der Denkschrift haben folgende Kosten bei steigendem Einkommen errechnet:

Monatseinkommen DM	Kosten des (ersten) Kindes, d. sind % d. kinderl. Ehepaars
300	70 DM oder 23%
400	80 DM oder 20%
500	90 DM oder 18%
600	98 DM oder 16%
700	105 DM oder 15%
800	113 DM oder 14%
1000	126 DM oder 12%
1500	156 DM oder 10%
2000	179 DM oder 8%
3000	219 DM oder 7%
4000	253 DM oder 6%
5000	283 DM oder 5%

An einem Beispiel von 1500 DM wird nachgewiesen, daß der vorstehende Kostengrundriß in etwa der Wirklichkeit entspricht. Es handelt sich um die monatlichen Ausgaben für ein 14-jähriges Kind:

Ernährung	50.— DM
Schulgeld	20.— DM
Schulbücher, Hefte	4.— DM
Verkehrsmittel	4.— DM
Bekleidung und Schuhe	20.— DM
Schuhe besohlen	2.— DM
Toilettenartikel	2.— DM
Arzt, Medikamente, Brille usw.	3.— DM
Friseur	1.— DM
Kultur (Bücher, Film, Theater)	3.— DM
Ausflüge	2.— DM
Geschenke (Weihnachten und Geburtstag)	3.— DM
Taschengeld	5.— DM
Anteile an Miete	20.— DM
Licht, Gas	4.— DM
Feuerung	3.— DM
Haushalteinrichtung	10.— DM
Summe	156.— DM

Die Denkschrift fügt hinzu: „Bei geringerem Alter ermäßigen sich diese Aufwendungen, bei höherem, insbesondere bei Studium, steigen sie.“

Welche Mehrbelastungen hat die Familie mit Kindern heute zu leisten?

Vergleicht man nun die notwendigen Aufwendungen für Kinder mit den augenblicklichen Vergünstigungen (gegenüber dem kinderlosen Ehepaar) durch Steuerermäßigung und Kindergeld, dann ergeben sich folgende Mehrbelastungen für die Familie mit Kindern [Aufwendung a), Vergünstigung b), Mehrbelastung c)]:

Bei Monatseinkommen von	und einer Kinderzahl:				
	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	5 Kinder
300 DM	a) 70	133	193	253	313
	b) 6	7	32	57	82
	c) 64	126	161	196	231
400 DM	a) 80	152	220	288	356
	b) 9	17	47	72	97
	c) 71	135	173	216	259
600 DM	a) 98	186	269	352	435
	b) 12	24	72	110	135
	c) 86	162	197	242	300
800 DM	a) 113	215	311	407	503
	b) 14	28	83	133	177
	c) 99	187	228	274	326
1000 DM	a) 126	239	346	453	560
	b) 15	31	90	146	199
	c) 111	208	256	307	361
1500 DM	a) 155	295	427	559	691
	b) 19	37	103	168	231
	c) 136	258	324	391	460
2000 DM	a) 178	338	489	640	791
	b) 21	42	114	184	254
	c) 157	296	375	456	537
3000 DM	a) 219	416	602	788	974
	b) 25	49	130	210	289
	c) 194	367	472	578	685
4000 DM	a) 253	481	696	911	1126
	b) 25	50	132	214	300
	c) 228	431	564	697	826

Die Zahlen lassen zur Genüge erkennen, daß die bisherige Form des Familienlastenausgleiches noch ungenügend ist. Die Denkschrift führt als weiteres Beispiel eine Familie mit vier Kindern im Alter von 15, 13, 11 und 9 Jahren an.

Nach den Richtsätzen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, die nicht mehr als das Existenzminimum garantieren, hatte diese Familie 1954 insgesamt 286 DM zur Ernährung nötig. Dazu kommen 70 DM Miete (Wohnung für sechs Personen), 10 DM Heizung (Monatsdurchschnitt) und 80 DM für Anschaffungen und Ergänzungen (Garderobe, Hausrat). Insgesamt benötigt also eine sechsköpfige Familie mindestens 446 DM im Monat. Auf Grund dieser Zahlen folgert die Denkschrift: „Der gute Lebensstandard des Ledigen mit 400 DM Monatseinkommen (im Jahre 1954), der auch noch für das kinderlose Ehepaar ausreicht, wird hiernach bei vier Kindern unter die Sätze des Existenzminimums heruntergedrückt.“ Selbst die Familie mit 500 DM Monatseinkommen und vier Kindern lebt heute praktisch in der Nähe des Existenzminimums. Das gleiche gilt auch von der Dreikinderfamilie mit 400 DM Monatseinkommen. Besonders bemerkenswert ist nun, „daß sich in den Einkommensklassen dieser Größenordnung die überwiegende Mehrzahl aller Steuerpflichtigen befindet . . . Zu der Klasse bis 500 DM Monatslohn gehören rund 80% aller Lohnsteuerpflichtigen; in den Gruppen bis 400 DM befinden sich rund 70%“. (Ähnliches gilt nach der Denkschrift auch für die Einkommensteuerpflichtigen.) Die Folge dieser wirtschaftlich unzulänglichen Lage der Familie mit Kindern ist die bekannte Tatsache, daß die Mütter einer Erwerbstätigkeit außer Haus nachgehen *müssen*, wenn die Familie nicht unter dem Existenzminimum leben will. „Es kann unter keinen Umständen als eine befriedigende Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Familie anerkannt werden, wenn man gerade die Mütter mehrerer Kinder auf die Erwerbstätigkeit außer Haus verweisen wollte.“

Bei höherem Einkommen ist der Belastungsausgleich ebenfalls unbefriedigend. „Der geringe Abstand zwischen den Nettoeinkommen von Ledigen, Kinderlosen und Familien mit Kindern führt in der Regel zur Deklassierung der Mehrkinderfamilie; denn der Lebensstandard einer Schicht wird heute im Gegensatz zu der Zeit noch um die Jahrhundertwende von der Null- bis Einkinderfamilie beherrscht.“

Das Verhältnis der Nettoeinkommen beleuchten folgende Beispiele: Zwei Ärzte (lohnsteuerpflichtig) haben ein Monatseinkommen von je 1000 DM; der erste, verheiratet, zwei Kinder, hat ein Nettoeinkommen von 876 DM, der zweite, verheiratet, kinderlos, 845 DM. „Der Unterschied im Nettoeinkommen beträgt mithin nur 31 DM. Die Arztfamilie desselben Einkommens, die fünf Kinder hat, muß für die Kinder aus eigenen Mitteln im Durchschnitt mehr als 4300 DM jährlich aufwenden; ein Betrag, den das kinderlose Ehepaar der gleichen Einkommensstufe voll für den Konsum bzw. für die Vermögensbildung zur Verfügung hat. Die erste Familie steigt sozial ab in die Einkommensgruppe etwa des Verwaltungsinspektors des Krankenhauses, an dem der Arzt beschäftigt ist, während im Gegensatz hierzu das kinderlose Ehepaar sogar noch Gelegenheit hat und in zunehmendem Maße wahrnimmt, mit einer Erwerbstätigkeit der Ehefrau sozial noch weiter aufzusteigen.“ Das gleiche gilt z. B. für den Facharbeiter, der (1954) ein Monatseinkommen von 600 DM hatte. Bei vier Kindern steht er auf der gleichen Stufe mit einem schlecht bezahlten Hilfsarbeiter von etwa 350 DM Monatseinkommen. „Der mit besonderen Leistungen erreichte Aufstieg ist durch die Kinder illusorisch geworden.“

Bei gleichem Monatseinkommen hat das kinderlose Ehepaar in einem Jahr mehr zur eigenen Verfügung als die Familie mit Kindern:

Monatseinkommen	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	5 Kinder
800 DM	2200	2700	3200	3900
1000 DM	2500	3000	3600	4300
1500 DM	3100	3800	4600	5500
2000 DM	3500	4500	5400	6400

Die Denkschrift schließt sich in ihren Folgerungen den Ausführungen des bekannten Familiensoziologen Oeter an: „Der andere Teil (gemeint sind Familien ohne Kinder) ist somit in der Lage, seine Lebensansprüche in unverhältnismäßig größerem Umfang zu befriedigen und vermöge seines nicht abgebundenen Kaufkraftüberhanges einen maßgeblichen und bestimmenden Einfluß auf die Entwicklungstendenzen der gesamten Produktion auszuüben. Diese wird dadurch mehr und mehr der Deckung des eigentlichen Lebensbedarfs entfremdet. Sie ist gezwungen, den weit mehr Gewinn versprechenden Luxuskonsum besonders eingehend zu pflegen und bemüht sich, ihr Produktionsprogramm darauf einzustellen.“ (Dazu liefert der Wohnungsbau ein eindringliches Beispiel.)

Was kann geschehen?

Um den für die Familie mit Kindern untragbaren Zustand, den die Denkschrift als eine „staatlich sanktionierte Geburtenbeschränkung“ nennt, abzuwenden, werden vom Bundesfamilienministerium mehrere Grundsätze aufgestellt:

1. Der Ausgleich ist wie bisher über Kindergeld und Einkommen- (Lohn-) Steuer vorzunehmen.
2. Bei dem Ausgleich über die Steuer ist von zusätzlichen steuerlichen Belastungen grundsätzlich abzusehen. „Der Ausgleich ist zwischen den Familien mit Kindern einerseits und Ledigen und Kinderlosen andererseits durch diejenige Abstufung der Belastung vorzunehmen, die der tatsächlichen Leistungsfähigkeit entspricht. Daher müssen künftige Steuersenkungen vor allen anderen den Familien mit Kindern zugute kommen.“
3. Der Ausgleich kann nur schrittweise im Rahmen der jeweils gegebenen Möglichkeiten erfolgen.
4. Das System des Ausgleichs muß sich an die Kosten der Kinder anschließen, also an das Lebensalter des Kindes, Zahl der Kinder und Einkommen des Ernährers. Bezüglich des Alters der Kinder schlägt die Denkschrift vor, daß für jede Einkommensschicht der Durchschnittsbetrag der Kosten aller Lebensalter zugrunde gelegt werden soll; bezüglich der Kinderzahl soll, schon um die Verwaltungsarbeit nicht zu komplizieren, keine Abstufung des Ausgleiches vorgenommen werden (ungeachtet der Tatsache, daß für das erste Kind mehr aufzuwenden ist als für das zweite Kind usw.); bezüglich des Einkommens des Ernährers ist der Ausgleich innerhalb jeder Einkommensschicht durchzuführen (gegebenenfalls bis zu einer bestimmten Höhe).
5. Zunächst ist etappenweise ein Ausgleich in Höhe von 50% der Kinderkosten anzustreben. „Gegen einen 100prozentigen Ausgleich sprechen Gesichtspunkte ethischer und wirtschaftlicher Art. Der Familie darf die wirtschaftliche Eigenverantwortung für die Kinder nicht einfach abgenommen werden. Es muß verhindert werden, daß das Großziehen von Kindern die Möglichkeit bietet, ein Geschäft daraus zu machen.“ Auch wirtschaftliche

Gründe stehen in der Bundesrepublik einem vollen Ausgleich entgegen.

6. Als erste Etappe schlägt die Denkschrift einen Ausgleich von einem Drittel der Kinderkosten vor. Da besonders die niedrigen Einkommen und die Familie mit zwei Kindern zu begünstigen sind, setzt sich die Denkschrift für eine Ausdehnung des Kindergeldes auf das zweite Kind und eine Erhöhung des steuerlichen Freibetrages für das zweite Kind auf 1680 DM ein. Würden diese beiden Maßnahmen durchgeführt, dann wäre in Zukunft die Familie im Durchschnitt nur noch mit zwei Dritteln der augenblicklichen Kinderkosten belastet.

**Wiener
Soziale Woche:
Sozialreform
durch Verteilung
des Eigentums**

Die zweite Wiener Soziale Woche, die das Institut für Sozialpolitik und Sozialreform (Leitung Univ.-Prof. Dr. August M. Knoll) vom 24. bis 27. November 1955 veranstaltete, machte

deutlich, daß nicht die heute so stark vorangetriebene Konzentration des Eigentums in den Händen des Staates, sondern nur die Verteilung des Eigentums an viele Besitzer („Streuung“) eine echte Wandlung der Sozialstruktur, der menschlichen Beziehungen und des Bewußtseins der Arbeiter herbeiführen kann.

In dem ersten, historischen und grundsätzlichen Teil der Tagung zeigten Hans Lentze, A. Knoll und Nikolaus Horvorka die Einseitigkeit des modernen, vom römischen Recht bestimmten Eigentumsbegriffes, der das Eigentumsrecht als ein Recht absoluter Herrschaft über eine Sache ohne soziale Verpflichtung auffaßt; sie stellten dem die Gegenbewegungen („Wiener Richtungen“) gegenüber, welche im Eigentum ein Lehen göttlicher und gesellschaftlicher Herkunft und im Mitmenschen den ideellen Mit-eigentümer sahen, und betonten die Dringlichkeit einer Neuverteilung des Eigentums als praktische Maßnahme einer echten Gesellschaftsreform und als Gegengewicht gegen den Kommunismus. Im zweiten Teil sprachen, jeder aus reicher praktischer Erfahrung, Bundesrat Dr. Josef Tzöbl über die verstaatlichten Unternehmungen und der Sekretär der Wiener Arbeiterkammer, Karl Kummer, über die genossenschaftlichen Unternehmungen. Tzöbl wandte sich nicht grundsätzlich gegen jede Verstaatlichung, sondern erklärte die Verstaatlichung als eine reine Zweckmäßigskeitsfrage. Zum Fluche werde die Verstaatlichung erst dann, wenn sie zum Prinzip erhoben wird, wie es die Sozialisten tun. Die Verstaatlichungen auf Grund des Gesetzes von 1946 haben zu einem ungeheuren und ungesunden Einfluß der Parteien geführt. Als Gegengewicht gegen diese Übermacht wäre eine Beteiligung des Privatkapitals an den staatlichen Unternehmungen nützlich, da dann auch andere zu Wort kämen als bloß der zuständige Minister. Weit gefährlicher aber als die offene Verstaatlichung, für welche immerhin ein eigenes Gesetz notwendig ist, sei das Aufkaufen von Unternehmungen durch die verstaatlichten Banken, zumal dieser Prozeß nicht planmäßig, sondern aus der zufälligen Kreditentwicklung erfolgt. Die Gelder werden dann einseitig diesen Unternehmungen zugeführt und die Aufgabe der Banken für die gesamte Volkswirtschaft vernachlässigt. Seit der Verstaatlichung der Nationalbank sind verstaatlichte Banken überflüssig und sollten reprivatisiert werden. Hinsichtlich des Ausmaßes der Verstaatlichung erklärte der Vortragende, daß über die Grundstoffindustrie nicht hinausgegangen werden sollte.

*Die Produktivgenossenschaft — eine zu wenig
genützte Möglichkeit*

Als eine stark in Betracht zu ziehende praktische Möglichkeit der Neuverteilung und Neubildung von Eigentum schilderte Kummer die Produktivgenossenschaften, wie sie in Österreich nach 1945 da und dort entstanden sind. Daß es bisher so wenige sind (nur sieben), hat seinen Grund nicht bloß in der Neuartigkeit des Versuches und in der nicht geringen Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung, sondern ebenso und mehr noch in den unzulänglichen rechtlichen Grundlagen und in der steuerrechtlichen Belastung der Genossenschaften. Das Gesetz von 1873, das die Grundlage für diese Genossenschaften abgab, ist heute nicht mehr ausreichend und die bestehende Körperschaftssteuern weder tragbar noch angebracht; doch ist die notwendige Änderung des Gesetzes, wofür ein Entwurf ausgearbeitet wurde, noch nicht durchgeführt.

Von den Genossenschaften, die nach 1945 gegründet wurden, ist keine einzige aus inneren Gründen zugrunde gegangen, ganz im Gegenteil, die Genossenschaften erzielten Produktionssteigerungen bis zu 90%, eine Senkung der Kosten bis 30% und hatten Gewinne bis zu 40% des Grundlohnes. Ein Betrieb zur Erzeugung von Elektrogeräten konnte von 1950 bis 1954 den Umsatz um 236% und das Anlagevermögen um 590% steigern, und erreichte einen Anteil von 26% der gesamten Produktion Österreichs an Koch- und Kleinherden. Die eigentliche Ursache der Erfolge ist das neue Arbeitsethos, das die Genossenschaften haben: es ist ihr eigener Betrieb, für den sie sich verantwortlich fühlen.

Einleitend hatte Kummer das Wesen der Genossenschaft gekennzeichnet als die Selbsthilfe des kleinen Mannes in Form des Zusammenschlusses zur gegenseitigen Hilfe mit starken sittlichen Momenten. In allen Kulturstaaten hat sich das Genossenschaftswesen in den letzten hundert Jahren stark entwickelt. Die schwierigste Form der genossenschaftlichen Organisation ist zweifellos die Produktivgenossenschaft, da in ihr — anders als bei den sonstigen Genossenschaften, die nur ergänzende Funktion haben — die wirtschaftliche Eigenexistenz aufgegeben und auf gemeinsame Rechnung und Gefahr gewirtschaftet wird und so die ganze Persönlichkeit beansprucht wird. Der Zweck der Produktivgenossenschaft ist, die Abhängigkeit der Kleingewerbetreibenden bzw. Arbeiter vom Kapital zu beseitigen, ihr ideologisches Ziel, die Kluft zwischen Kapital und Arbeit zu schließen und den Arbeitern den vollen Arbeitsertrag zur Verfügung zu stellen. Das wesentliche Merkmal ist die Identität von Genossenschaftler und Arbeiter. Die Genossenschaft läßt sich gewiß nicht bei allen Betrieben anwenden, sie ist aber die Form, die besonders personbezogen ist und dem Leitmotiv der Sozialen Woche am nächsten kommt.

Am letzten Tag der Sozialen Woche hielt Anton Burghard ein Referat über „Eigentumsethik und Eigentumsrevisionismus“ mit Betonung der Bedachtnahme auf den Menschen und die geschichtliche Erfahrung, die erkennen läßt, daß ein Maximum an Wohlfahrt im Miteinander von privaten und kollektiven Eigentumsinstitutionen erreicht wird, und zwar unter Ablehnung allen Dogmatismus. Im Schlußwort der Tagung sprach Minister Heinrich Drimmel die Überzeugung aus, daß sich eines Tages auch in Österreich eine christliche Sozialbewegung — nicht als Partei — bilden und die christlichen Sozialideen große Bedeutung erlangen werden, um die erneut auftretenden zentrifugalen Kräfte in der Gesellschaft auszuschalten.

**Allgemeine
Gebetsmeinungen
für das Jahr 1956**

Januar: Daß jene, welche die wahre Kirche suchen, im Primat des Papstes das Fundament kirchlicher Einheit erkennen;

Februar: Daß die Menschen im Genuß von Alkohol und im Gebrauch anderer Genußmittel das rechte Maß nicht überschreiten;

März: Für die allgemeinen und besonderen Anliegen des Heiligen Vaters;

April: Daß Priester und Gläubige zu einem rechten Verständnis der hohen Würde des Priester- und Ordensstandes gelangen;

Mai: Daß die Anerkennung des Königtums Mariens zur Einheit der Völker beitrage;

Juni: Daß die Jahrhundertfeier des Herz-Jesu-Festes zur Verbreitung und Vertiefung der Herz-Jesu-Verehrung führe;

Juli: Daß körperliche Erziehung und Sport von christlichen Grundsätzen getragen werden;

August: Daß der Tätigkeit der Sekten und dem Umsichgreifen des Aberglaubens Einhalt geboten werde;

September: Daß die Ehegatten die eheliche Treue hochschätzen und halten;

Oktober: Daß die Rechte der Eltern in der Erziehung der Kinder nicht verletzt werden;

November: Daß die Gläubigen die heilige Eucharistie gleichsam zum Mittelpunkt ihres Lebens machen;

Dezember: Daß der Glaube jener, die Verfolgung leiden, nicht durch Lügen und falsche Versprechungen erschüttert werde.

**Keine Koexistenz
für die
katholische Kirche**

Im Zuge der allgemeinen weltpolitischen „Klimaverbesserung“ waren in den letzten Monaten in der internationalen Publizistik mehrmals Stimmen laut geworden,

die den Verdacht äußerten, hinter den Kulissen bahnten sich Verhandlungen über einen Modus vivendi zwischen der Kirche und den kommunistischen Staaten an und die „Koexistenz zwischen Moskau und dem Vatikan“ stehe bevor. Gegen derartige Ausführungen des kommunistischen Senators Donini in der italienischen Zeitung „Rinascita“ sowie gegen Artikel mit ähnlichem Gedankengang in „einer kleinen Wochenzeitung, die von ehemaligen Abgeordneten der Democrazia Cristiana herausgegeben wird“, und in „einer französischen Wochenzeitung“ wandte sich der „Osservatore Romano“ am 20. November 1955 mit einem scharfen Leitartikel seines Chefredakteurs Alessandrini. Er gibt zunächst die genannten Pressestimmen in Auszügen wieder, legt deren Unrichtigkeit in einzelnen Details dar und schreibt dann:

„Die Äußerungen sind offensichtlich nicht isoliert und sporadisch; die Ähnlichkeit ihrer Argumentationen oder Vorwände verrät eine einheitliche Inspiration... Den Kommunisten und ihren Hilfstruppen kommt es nur darauf an, den ‚katholischen Massen‘ die Möglichkeit einer geistigen Koexistenz glaubhaft zu machen; es ist unwichtig, daß es sich dabei um eine *falsche* Meinung handelt; es kommt nur — und zwar sehr — darauf an, daß sie für wahr gehalten wird... Die ‚Entspannungsgesten‘, die die französische Zeitung der Sowjetunion zuschreibt, ... bedeuten nichts. Die freie Weihe zweier litauischer Bischöfe hat eine lettische Entsprechung von 1948; andererseits

gilt das, was für Litauen zutrifft, mindestens bis jetzt nicht für Nordvietnam. Die bedingte Freiheit Kardinal Mindszents wie vor ihm Kardinal Stepinacs und dann der Bischöfe von Kielce und Calocsa ändern vielleicht die persönlichen Verhältnisse einiger zu Unrecht verurteilter Prälaten, machen aber das Unrecht nicht wieder gut und annullieren nicht das Geschehene... Die ‚bedingte Freiheit‘ rehabilitiert die Bischöfe nicht...“

Die vatikanische Zeitung schließt mit der eindeutigen Feststellung: „Die Mythen der marxistischen Ideologie, die dramatische Wirklichkeit, die vor unsern Augen liegt und Millionen von unseren Brüdern trifft, schließen kategorisch aus, daß die ‚sozialistischen Staaten‘ oder die ‚Volksdemokratien‘ der Kirche rechtliche Garantien oder Unabhängigkeit gewähren wollen. Im Gegenteil, die Tatsachen beweisen, daß alles geschieht, um sie zu knechten, zu verderben und auszurotten... Die Zersetzungstaktik (derartiger Äußerungen) ist nur die indirekte Bestätigung einer Absicht, die im übrigen von den Theoretikern und den obersten Führern des Kommunismus klar ausgesprochen ist. Die Unterstellungen, Einflüsterungen, falschen Hoffnungen — ob gutgläubig oder böswillig — sind also gegenstandslos, und die tendenziösen Stimmen haben keinerlei Fundament.“

Deutsche Pressestimmen

Nachdem im deutschen Raum unter anderem der Südwestfunk Anfang Oktober einen Korrespondentenbericht von Azio de Franziszi aus Rom gebracht hatte, der von einer bevorstehenden Regelung des Modus vivendi zwischen Moskau und dem Vatikan sprach, veröffentlichte am 7. Oktober 1955 der „Rheinische Merkur“ einen Beitrag seines stellvertretenden Chefredakteurs Anton Böhm unter dem Titel „Vatikan und Koexistenz“. Der Artikel legte zunächst die grundsätzliche vatikanische Konkordatspolitik dar: „Der Vatikan hat eine falsche Doktrin, der Staatsregierungen anhängen mögen, noch nie als Hindernis eines Konkordatsbeschlusses betrachtet, wenn sie ihren Vertragswillen offiziell und mit einem gewissen Mindestmaß von Glaubwürdigkeit bekundet haben... Ob es aber wirklich zu Vereinbarungen solcher Art kommt, hängt von sehr vielen Voraussetzungen ab... Die vatikanische Diplomatie mit ihrer uralten Erfahrung auch im Umgang mit orientalischen Verhandlungspartnern wird den Sowjets freundliche Gesten keinesfalls als Ersatz für faktische Bekundungen eines guten Vertragswillens abnehmen.“ Als kirchliche Minimalforderungen für Verträge mit dem kommunistischen Osten nennt der Verfasser: Einstellung jeder Unterdrückung und jeder staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Benachteiligung der Gläubigen, Freiheit des Kultus und der Glaubensverkündigung sowie des religiösen Unterrichts, Recht zu freiem Zusammenschluß der Christen auch außerhalb des gottesdienstlichen Raums, freie kirchliche Presse, Freilassung und Rehabilitation der verurteilten und eingekerkerten Geistlichen und Laien, Restitution der kirchlichen Hierarchie in integrum. Daß die Sowjets zum gegenwärtigen Zeitpunkt weit davon entfernt sind, derartige Maßnahmen zu treffen (die ihr eigenes ideologisches Fundament aufs schwerste bedrohen würden), bedarf keines weiteren Kommentars. Der „Rheinische Merkur“ wies darum abschließend darauf hin: „Es ist ganz gewiß kein Zufall, daß der Vatikan gerade in der Zeit, da die Koexistenz-Propaganda ihrem Höhepunkt zustrebte, Presseorgane des sogenannten ‚fortschrittlichen Katholi-

zismus' der Satellitenländer auf den Index der verbotenen Schriften gesetzt hat... [vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 540 ff.] Die Kirche wird eben immer daran festhalten, daß es keine wahre Koexistenz außerhalb der Wahrheit gibt.“

Es mußte darum zumindest einiges Erstaunen hervorgerufen, daß die angesehenere „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 12. November 1955 das Thema wiederum in umgekehrtem Sinn aufgriff und einen ganzseitigen Artikel von H. Stehle brachte: „Katholische Kirche in der Wende zur Koexistenz“. Darin wird zunächst das Buch Brockmöllers: „Christentum am Morgen des Atomzeitalters“, als Spiegelbild der „Wandlungen, die sich im Zeichen der politischen Koexistenzformel auch in der kirchlich-religiösen Sphäre abzeichnen“, gewertet. Der gleichen Fehledeutung verfallen die Ansprachen Papst Pius' XII. an die St.-Ulrichs-Woche in Augsburg (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 525) und an den internationalen Historikerkongreß (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 74). Der Heilige Vater hatte darin betont, daß sich die katholische Kirche nicht mit einer bestimmten Kultur identifiziere, Äußerungen, die ihrem Inhalt nach nicht mehr waren als eine dankbar begrüßte klare Formulierung einer alten katholischen Wahrheit. Anders die Wertung der FAZ: „Vor die Wahl gestellt, einen großen Teil der Welt für unabsehbare Zeit als religiöse Einflußsphäre und Missionsgebiet zu verlieren oder aber die neue Gestalt dieses Teiles der Welt hinzunehmen, beginnt Rom die aus Moskau stammende Koexistenzformel aufzugreifen — unter der einzigen Bedingung: der wirklichen Existenz der Kirche auch im Osten. Rom denkt in Jahrhunderten — und die ‚Societas Jesu‘, als Avantgarde des Papstes, hat die ersten Schritte auf einem Weg getan, der nach ihrer Überzeugung allein die Universalität der Kirche erhalten kann.“ Das Blatt zählt dann die wenigen kürzlichen Maßnahmen des taktischen Nachgebens im Kirchenkampf auf und faßt sie in der Behauptung zusammen: „Die Zeit der gewaltsamen Religionsverfolgung im großen Stile ist vorüber.“

Keine Abstriche von der katholischen Lehre

Gegen diesen Beitrag der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (ohne das Blatt allerdings namentlich zu nennen) haben vier bekannte Professoren der Frankfurter Jesuiten-Hochschule St. Georgen in einem Interview mit dem „Rheinischen Merkur“ (9. Dezember 1955) Stellung genommen: Albert Hartmann SJ, Hans Hirschmann SJ, Oswald von Nell-Breuning SJ und H. J. Wallraff SJ. „Die Bereitschaft, ‚Beziehungen zu allen Kulturen zu unterhalten‘ (Pius XII., 7. 9. 1955), setzt voraus, daß diese geprägt sind durch Formen und Gehalte, die ‚der Natur nicht zuwiderlaufen‘. Zu den so angesprochenen Kulturen gehört der Kommunismus nicht. Er ist nicht Kultur, sondern zutiefst Gegenreligion... Dem, was wir Kommunismus nennen, darf die Kirche nicht entgegengehen, wenn sie ihren Auftrag nicht verraten will. Sie darf es nicht, und sie tat es nicht“ (Wallraff). Die Kirche werde „versuchen, die unter den gegebenen Bedingungen bestmöglichen Voraussetzungen für ihr Glaubensleben — notfalls auch durch Verhandlungen zu erreichen“, sie werde sich über jede Erleichterung freuen und den Gläubigen kein „unnötiges Martyrium zumuten“; andererseits könne sie „nicht aufhören, die Gottwidrigkeit des Kommunismus als Lehre und Bewegung unzweideutig auch in diesen Ländern zu verkünden“. „Damit sind jedem ‚Mo-

du vivendi‘ klare Grenzen gesetzt. Innerhalb derselben bleibt echtes Martyrium Regel. Möglich, daß eines Tages eine ‚Humanisierung‘ des Systems die Lage verbessert. Wir hoffen es sogar. Einstweilen sehen wir noch keine überzeugenden Anzeichen dafür, weder in Europa noch in Asien“ (Hirschmann). Gegenüber der Behauptung der FAZ, die „jüngsten päpstlichen Äußerungen“ bedeuteten, daß es kein verbindliches katholisches Vorbild für die Struktur der gesellschaftlichen Ordnung“ gebe und daß diese nach den Fakten der kommunistischen Wirklichkeit abgewandelt werden könne, betonen Wallraff und Nell-Breuning: „Es steht der Kirche nicht frei, nach praktischem Ermessen ihre Lehre zu ändern. Sie ist selbst dem objektiv Wahren und dem objektiv Guten untergeordnet. Es sind ihr unantastbar vorgegeben sowohl die Wahrheiten und Normen, die durch die Offenbarung gesichert sind, wie auch die Weisungen, die auf objektiv verlässlichen natürlichen Erkenntnissen aufruhren. Die Grundsätze des Naturrechtes taktisch zu modifizieren, ist ihr nicht erlaubt... Weil die Kirche dem Kommunismus in seinen fundamentalen Thesen nicht zustimmen kann, wird sie für ihn immer Gegner sein müssen.“ — „Schon dem revisionistischen Sozialismus gegenüber stellte Pius XI. klar (Q. a. 116), daß da nichts ‚abzuschwächen oder abzubauen‘ sei, daß es ‚Halbheiten‘ nicht geben könne. Dann gilt das dreimal gegenüber dem Kommunismus. Grundsätze kann man nicht ‚ein wenig zurücknehmen‘.“

Nochmals der „Osservatore Romano“

Am 14. Dezember ist auch „der Osservatore Romano“ in einem Leitartikel seines Chefredakteurs Alessandrini auf den Artikel der FAZ eingegangen und hat nochmals den Standpunkt der katholischen Kirche hinsichtlich eventueller Beziehungen zu den Ostblockstaaten dargelegt. Der Leitartikel der vatikanischen Zeitung stellt fest, daß der Aufsatz in der FAZ gleichzeitig die „Suggestionskraft einer gewissen Propaganda auch auf diejenigen, die sich ihr gegenüber für immun halten“, und die „unvollkommene Kenntnis des Katholizismus und der Kirche in ihren doktrinären und moralischen Aspekten“ verrate. Man scheine tatsächlich erst jetzt zu entdecken, daß die Kirche sich mit keiner bestimmten Zivilisationsform identifiziere, obwohl sie das doch seit ihrem Bestehen bewiesen habe. Andererseits lasse der Kommunismus sich nicht, wie der Artikel der FAZ angedeutet habe, taufen, so wie sich einst die Barbaren taufen ließen; denn der Kommunismus halte sich — im Gegensatz zu den Barbaren des beginnenden Mittelalters — für der alten Zivilisation und der Kirche überlegen, und er habe nie seine Lehre darüber geändert, daß Religion Aberglaube sei. Angesichts der Grundlosigkeit der allgemeinen und auch verschiedener einzelner Behauptungen in dem Aufsatz der FAZ fragt sich der Leitartikel des „Osservatore Romano“: „Worauf will das alles hinaus? Wir wissen es nicht; wir beschränken uns darauf, uns zu wundern...“ Andere Zeitungen haben die Argumente des Artikels der FAZ aufgegriffen und sie mit Interpretationen von „Entspannungsschritten“ Polens oder der Tschechoslowakei verschmolzen: und deren Bedeutung ist klar. Eines, so schließt der Artikel von Alessandrini, ist gewiß: „eine ‚Entspannung‘ hängt nicht vom Katholizismus und von der Kirche ab, sondern einzig von denen, die die ‚Spannung‘ gewollt haben, nicht nur mit dem Bekenntnis des militanten Atheismus, das niemals widerrufen worden ist, sondern ebenso mit der von der Regierung inspirierten

Tat, deren Ziel die Vernichtung der Kirche ist; bis dahin aber soll sie der kommunistischen Propaganda zum Werkzeug dienen. Sie wird auch materiell zerstört werden, sobald man glaubt, sie könne zu nichts mehr dienen.“

Probleme der christlichen Arbeiter in Italien Vom 4. bis 6. November 1955 kamen die Christlichen Arbeiterverbände Italiens (ACLI — Associazioni Cristiane dei Lavoratori Italiani) zu ihrem 5. Nationalkongreß in Bologna zusammen. Auf dieser Tagung wurden die gesamten Probleme und Schwierigkeiten der Organisation der christlichen Arbeiterschaft ausführlich und z. T. sehr heftig diskutiert. Die ACLI bestehen nunmehr seit zehn Jahren; sie konnten am 1. Mai 1955 ihr 10jähriges Bestehen feiern (wir verweisen auf die Ansprache, die der Heilige Vater aus diesem Anlaß an Hunderttausende von ihnen, die zur Feier des 1. Mai nach Rom gekommen waren, gerichtet hat; vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 404 ff.). Ihre zehnjährige Geschichte spiegelt das Ringen um eine christliche Arbeiterorganisation zwischen den Klasseninteressen der Arbeiterschaft und dem „Interklassismus“ (dieser Terminus wird von der christlichen Partei Italiens, der Democrazia Cristiana, offiziell gebraucht), der im Wesen der christlichen Religion liegt, wider.

Geschichte

Als die ACLI vor zehn Jahren gegründet wurden, bestand in Italien eine Einheitsgewerkschaft mit stark kommunistischer Tendenz. Ihr gegenüber wollten die ACLI die christlich gesinnten Arbeiter sammeln. Es war nicht vorherzusehen, ob sie sich später als Verband christlicher Gewerkschaften aus der Einheitsgewerkschaft lösen oder sich eine Rolle geistiger Schulung und Stützung, jedoch ohne direkten gewerkschaftlich-politischen Einsatz, zuerkennen würden. Tatsächlich verlief die Entwicklung der italienischen Gewerkschaften dann so, daß die Einheitsgewerkschaft 1948 auseinanderbrach. Es bildete sich aber neben der kommunistisch gelenkten CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro) kein christlicher, sondern ein Freier Gewerkschaftsverband, die CISL (Confederazione Italiana dei Sindacati Liberi; vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., S. 64, und 4. Jhg., S. 244 f.). Die Christlichen Arbeiterverbände blieben daneben als nicht-gewerkschaftliche Vereine bestehen, und ihre Mitglieder übten ihre gewerkschaftlichen Rechte innerhalb der Freien Gewerkschaften aus.

Heute ist in den ACLI die große Zahl von etwa 900 000 Mitgliedern eingeschrieben, die allerdings nicht gleichmäßig über das ganze Land verteilt sind. Am stärksten sind die ACLI in der Lombardei mit 160 000 Mitgliedern. Der Großteil der Mitglieder ist Landvolk. Es bestehen mehr als 7000 Gruppen der ACLI und außerdem gegen 5400 Betriebszellen.

Die ACLI überlassen den Freien Gewerkschaften (CISL) den Kampf um die Löhne; aber sie nehmen zu den sozialen Problemen Stellung und lenken ihre Mitglieder in diesem Sinne, z. B. zugunsten der Bodenreform oder im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Sie haben auch ein „Weißbuch“ über die Lage der Mailänder Arbeiterschaft veröffentlicht.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die Existenz christlicher Arbeitervereine neben und zwischen einer christlichen Partei und Gewerkschaften, die immerhin auch christlichen

Einflüssen offenstehen, zu heftig umstrittenen Fragestellungen führte. Ebendiese sind auf dem Kongreß von Bologna zum Ausdruck gekommen. Die ACLI müssen sich ihrer Rolle und Aufgabe als nicht-gewerkschaftliche Arbeiterorganisation in Formeln und Programmen klar bewußt werden. Das sollte das Tagungsthema zum Ausdruck bringen, das lautete: „Eine große christliche Arbeiterbewegung als Führerin der Arbeiterklasse.“

Vorarbeiten

Frühere Tagungen hatten in letzter Zeit schon zu dieser Klärung beizutragen gesucht, insbesondere die „Zusammenkunft der kirchlichen Assistenten der ACLI“ 1954 in Bologna. Bei dieser Gelegenheit wurde das Thema Arbeiterbewegung und Klassenkampf in Angriff genommen und von der Theologie der Inkarnation her beleuchtet: Da der Christ nicht passiv auf das Kommen des Reiches Gottes zu warten hat, sondern diesem in der Zeit bereits vorarbeiten, es in dieser Welt inkarnieren muß nach dem Vorbild des Göttlichen Worts, ist eine christlich inspirierte Arbeiterbewegung, die die Arbeiterklasse zu einem der Menschenwürde entsprechenden Leben führt, in christlicher Sicht durchaus legitim. In den Entschlüssen der Tagung der kirchlichen Assistenten in Bologna 1954 hieß es daher: „Die ACLI entfalten eine Klassenaktion, die jene Rechte und Ziele erobern und verteidigen soll, die die päpstlichen Dokumente wiederholt aufgestellt haben.“ Das Hauptziel dieser Aktion muß es sein, die Arbeiterklasse der marxistischen Ideologie zu entziehen und zur Gegenoffensive vorzugehen. Die ACLI sollten dabei als neue „Zentrale für Arbeiterbildung und -initiative“ fungieren.

Die Probleme des Kongresses

Auf den Vorarbeiten zumal der Tagung der kirchlichen Assistenten in Bologna 1954 fußt die Direktive, die die Leitung der ACLI der Tätigkeit der christlichen Arbeiterbewegung auf dem Kongreß in Bologna 1955 zu geben wünschte: „Eine große christliche Bewegung als Führerin der Arbeiterklasse.“ Oder, wie es das Grußtelegramm formulierte, das der Kongreß bei seiner Eröffnung an den Heiligen Vater sandte: Die ACLI „erneuern die Verpflichtung, die sie auf dem Kongreß in Neapel (1953) auf sich genommen haben, ihre ganze Bewegung in eine Formationsschule umzuwandeln, und sichern besonnenen selbstlosen mutigen Einsatz für den Sieg der christlichen Sozialprinzipien in der Arbeiterwelt und in der Gesellschaft zu“. Aber um diese Aufgabe, die sich die ACLI stellen, erfüllen zu können, muß ihre Stellung, wie es in der Eröffnungsrede des Generalpräsidenten der ACLI, Penazato, hieß, gegenüber der allgemeinen politischen Situation in dreierlei Hinsicht überprüft werden: in bezug auf ihre Forderungen auf sozialem Gebiet, auf die Stellung der ACLI zur Gewerkschaft und auf ihre Stellung zu der christlich inspirierten Partei.

Der erste dieser drei Punkte betraf konkrete Fragen der sozialen Lage in Italien, zu denen die christliche Arbeiterbewegung naturgemäß Stellung zu nehmen hat: die Langsamkeit der Verwirklichung des Sozialprogramms und deren vielfache Gründe.

Die beiden anderen Punkte dagegen betrafen mehr oder weniger das Wesen und die Daseinsberechtigung der christlichen Arbeiterbewegung selber. Um beide Punkte entbrannten auf der Tagung heftige Diskussionen. Eben-

darum kann eine Zeitung wie die Halbmonatsschrift „Adesso“ (die die „Informations Catholiques Internationales“ „stets außerordentlich anregend und zu Überlegungen zwingend“ nennt) am 15. November 1955 in einer kritischen Betrachtung zum Kongreß der ACLI schreiben, diese seien zwar vielleicht die lebendigste der christlichen Kräfte des Landes, und infolge der allgemeinen Schwäche des gewerkschaftlichen Einsatzes aller Farben sowie der chronischen politischen Unklarheiten sei der Augenblick für einen tatkräftigen Eintritt der ACLI ins öffentliche Leben günstig; aber sie hätten auch mit großen, ja enormen Schwierigkeiten zu tun, sowohl nach innen wie nach außen. „Ich wäre fast versucht, zu sagen, daß augenblicklich die größten Hemmnisse für die ACLI aus der katholischen Welt selber kommen, deren Emanation sie sind“, und zwar wegen ihrer Parallelstellung neben Freien Gewerkschaften, Christlich-Demokratischer Partei und Katholischer Aktion. Ihre Prinzipien sind diejenigen, die für den Christen zu den Hauptpunkten seines Glaubens und Handelns gehören. Aber haben sie die Möglichkeit, sich heute schon tatsächlich in den konkreten Problemen in Betrieb, Gewerkschaft, Verwaltung, Wirtschaft, Politik durchzusetzen und sowohl die Freien Gewerkschaften wie auch die Democrazia Cristiana nach diesen Prinzipien christlicher Gerechtigkeit in Bewegung zu setzen? Es ist nach der Ansicht dieses Leitartikels von „Adesso“ auch auf dem Kongreß keineswegs gelungen, das Verhältnis der ACLI zu diesen beiden großen Organisationen zu klären.

Die christliche Partei Italiens, die Democrazia Cristiana, ebenso wie auch die Katholische Aktion in Italien haben beide das Prinzip der christlichen Einheitsfront. Ein tatkräftiger Einsatz der Christlichen Arbeiter (immer noch nach „Adesso“) wird schon eben dadurch behindert: sie müssen auf die Rolle der Führung in der Arbeiterwelt verzichten und können nur die Sorgen der Arbeiterwelt sammeln (und auch das mit Vorsicht, um die konservativen und reaktionären Elemente innerhalb der katholischen Sammlung nicht zu verstimmen). Im Augenblick bilden sie also mehr eine Reserve als eine Führung, nicht was die Idee anbetrifft, wohl aber gegenüber den praktischen Problemen.

Christliche Arbeiterbewegung und Freie Gewerkschaften

Innerhalb der ACLI gibt es eine Strömung, die sie geradezu in eine christliche Gewerkschaft umwandeln möchte (ihr Hauptvertreter ist Rapelli); sie träte dann in eine Art Konkurrenz zur Freien Gewerkschaft, innerhalb deren sich die gewerkschaftliche Betätigung der christlichen Arbeiter jetzt abspielt und die die ACLI je nach ihren jeweiligen Forderungen unterstützen. Die dieser entgegengesetzte Strömung (Hauptwortführer: Pastore) möchte in den ACLI nur eine Schule für Führer und Mitglieder der Freien Gewerkschaften sehen. In der Mitte steht der Präsident Penazzato, nach dessen Auffassung die ACLI eine autonome ideologische Bewegung zur Umgestaltung der Gesellschaft durch eine Politik der „Anwesenheit“ in den verschiedenen anderen Organisationen (Gewerkschaften, Partei, Betrieben usw.) sein sollen.

Der Kongreß von Bologna hat die Tendenz zu einer gewerkschaftlichen Umwandlung der Christlichen Arbeiterbewegung jedenfalls ausgeschaltet; das Argument Pastores, man müsse eine weitere Zersplitterung der Arbeiterwelt (die ja bereits in zwei Gewerkschaftsgruppen ge-

teilt ist) vermeiden, hat dabei ebenso mitgewirkt wie die Zielsetzung und Formulierung des Präsidenten Penazzato. Direktiven zur praktischen Verwirklichung dieser prinzipiellen Zielsetzung konnten jedoch nicht ausgegeben werden.

Christliche Arbeiterbewegung und christliche Partei

Die Unklarheiten zwischen ACLI und Democrazia Cristiana sind noch erheblich größer als die zwischen ACLI und CISL. Einige Delegierte sprachen auf dem Kongreß ganz offen von christlichem Klassengefühl (classismo cristiano). „Adesso“ rechtfertigt diese widerspruchsvolle Wortbildung einigermaßen mit der Bemerkung, die Arbeiterklasse sei nun einmal Tatsache (schon weil es die Unternehmerklasse gebe), und das Adjektiv „christlich“ wolle besagen, daß die Bewegung den Marxismus bekämpfe. Die Democrazia Cristiana betont dagegen ihren „Interklassismus“. Nun ist aber, wie „Adesso“ (in einem zweiten Artikel über den Kongreß, von Giuseppe Baroni, in der Ausgabe vom 1. Dezember) sagt, „der Solidarismus ein ausgezeichnetes Werkzeug des Gleichgewichts, wenn die tatsächlichen Verhältnisse einer Gesellschaft solidaristisch sind . . . Wenn jedoch, wie heute, die Klassengegensätze in der Wirtschaftsgesellschaft massiv sind und die Wirtschaftsfreiheit ein Privileg darstellt, so kann die gegenwärtige Phase nicht der Erhaltung einer Solidarität dienen, die nicht existiert, sondern sie ist eine Situation des Kampfes, der Eroberung, der Festigung einer gleichen Ausgangssituation, die allein zu einer echten Zusammenarbeit der Klassen führen kann. Der Interklassismus ist heute ein Ziel, kein Mittel.“ Trotzdem kamen die ACLI in ihren Entschlüssen dazu, die Einheit der Katholiken, wie sie sich in der Democrazia Cristiana konkretisiert, wieder zu bejahen, wenn diese auch aufgefördert wird, sich als Vertreterin auch der Arbeiterschichten immer mehr durch ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik zu qualifizieren.

Nach Abschluß des Kongresses hat der Generalpräsident der ACLI, Penazzato, einige Tage später mehrmals öffentliche Erklärungen über das Ergebnis des Kongresses abgegeben, darunter eine am 9. November, die die römische Zeitung „Il Quotidiano“ (10. 11.) wiedergibt und in der er betont, daß es nicht angehe, einige Tendenzen zum „Klassismus“ auf dem Kongreß hervorzuheben, die in Wahrheit nur von wenigen vertreten wurden: es war in der Tat vorgeschlagen worden, keine Handwerker mehr in die ACLI aufzunehmen, sondern ausschließlich Arbeiter. Dieser Vorschlag wurde aber von der großen Mehrheit abgelehnt. „Ich halte es für günstig, die Gelegenheit zu benutzen“, fuhr Penazzato fort, und „nochmals zu wiederholen, daß die ACLI organisatorisch allein von Arbeitern gebildet werden und daher direkt zu ihrer Vertretung berufen sind . . .“, und zwar durch das, was die kirchlichen Assistenten „Klassenaktion“ genannt haben. Diese Einwirkung auf die Arbeiterklasse geschieht im christlichen Sinne im Bereich der Moral und Legalität und im Geist der Zusammenarbeit; „sie orientieren sich in absoluter Klarheit und stets in offener Treue zum christlichen Gedanken auf eine Synthese der Erneuerung hin, die der Arbeit die hohe Stellung einräumt, die ihr zukommt, doch im Einklang mit den verschiedenen legitimen Interessen und zum Fortschritt in Solidarität, Recht und Brüderlichkeit“. Das bleibt natürlich alles ziemlich unbestimmt.

Weisung des französischen Episkopats zu den Wahlen

Anläßlich der beginnenden Wahlpropaganda für die auf Anfang Januar angesetzten Wahlen des neuen französischen Parlaments hat das Sekretariat des französischen Episkopats Anfang Dezember eine kurze „Erklärung der Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs“, also der höchsten kirchlichen Instanz des Landes, veröffentlicht, die in einer Anzahl von Kirchenblättern abgedruckt worden ist. Sie lautet:

„Bei Herannahen der Wahlen erinnert die Versammlung an den can. 139 § 4 des Codex Iuris Canonici, der die Kandidatur von Geistlichen bei legislativen Wahlen betrifft.

Um außerdem die Unabhängigkeit der Kirche zu bekräftigen und um sie aus den politischen Kämpfen herauszuhalten, erinnert die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs daran, daß die Wahlkandidaten sich weder unter dem Etikett ‚katholisch‘ präsentieren noch sich auf ihre Eigenschaft als Mitglieder einer katholischen Organisation berufen dürfen.“

Bei der auf den 4. Dezember (einen Sonntag) vorverlegten Feier des Festes der Unbefleckten Empfängnis in Notre-Dame-de-Fourvière in Lyon verwies der Erzbischof von Lyon, Kardinal Gerlier, in einer Ansprache vor vielen tausend Männern auf diese Weisung und fügte hinzu:

„Das ist sehr deutlich. Es handelt sich keineswegs darum, daß wir unser christliches Banner in die Tasche stecken. Es handelt sich darum, gewisse Ausschreitungen zu vermeiden, die kürzlich in Paris stattgefunden haben. Kein Kandidat hat das Recht, seine Qualifikation als Katholik politisch auszunützen; keine Partei hat das Recht, sich mit einer Art Exklusivität das Etikett ‚katholisch‘ vorzuheften und damit die Stimmen der Gläubigen für sich zu beanspruchen.“

Zur Gebetswoche für die Wiedervereinigung im Glauben

Das Große Seminar von Francheville (Lyon) hat ein Heftchen (im Preis von 6.50 frs = 0.08 DM) zur Gebetswoche für die Einheit der Christen veröffentlicht, das für seinen Zweck vorbildlich ist. Es gibt einen ganz kurzen Überblick über die Gespaltenheit der Christen mit Zahlen (400 Millionen Katholiken, 200 Millionen Orthodoxe, 175 Millionen Protestanten und 50 Millionen Anglikaner), „also eine in vier Gruppen gespaltene Christenheit von mehr als 800 Millionen gegenüber von 1600 Millionen Nichtchristen!“ Die kleine Schrift nennt die traurigen Folgen der Spaltung: Rivalitäten und Gegensätze in den Missionsländern, Staunen der Ungläubigen, Schmerz für die Wahrheitssucher, Schwächung der geistigen Kraft des Christentums in der Welt, Verletzung des Leibes Christi und Verzögerung des Kommens des Reiches Gottes. Doch daneben eine neue Tatsache: alle christlichen Gruppen zeigen, unabhängig voneinander, eine konvergierende Tendenz, eine gemeinsame Erkenntnis des schrecklichen Unglücks der Gespaltenheit, ein gemeinsames Verlangen nach einer sichtbaren Einheit des Reiches Gottes, wie Christus sie gewollt hat.

Das Heftchen schlägt dann für jeden Tag der Gebetswoche vom 18. bis 25. Januar eine besondere Gebetsintention vor:

- 18. Januar: Die Einheit aller Christen;
- 19. Januar: Leiden angesichts der Spaltung;
- 20. Januar: Heiligung der Katholiken;

- 21. Januar: Heiligung der Orthodoxen;
- 22. Januar: Heiligung der Protestanten;
- 23. Januar: Heiligung der Anglikaner;
- 24. Januar: Heiligung der Missionskirchen;
- 25. Januar: Einheit aller Menschen in der Liebe und Wahrheit Christi.

Alle Christen aller Konfessionen sollen, das ist der Wunsch dieser Intentionen, an diesen Tagen für sich und für die anderen beten.

Es folgen kurze Gebete für die verschiedenen Gottesdienste der Gebetswoche: Bitten, die in die Liturgie eingeschaltet werden können, Anrufungen in Form einer Litanei und Texte aus den verschiedenen christlichen Liturgien: der römischen, der jakobitischen, der koptischen, der Liturgien des hl. Basilius und des hl. Chrysostomus, der anglikanischen Liturgie und ein Text aus der Didache, alle die Einheit der Christen betreffend.

Wir geben die schönen Anrufungen der Litanei wieder:

„1. Wegen der geringen Bedeutung, die wir dem Wort beigemessen haben, das aus Deinem göttlichen Herzen kam: ‚Ich habe noch andere Schafe, die nicht aus diesem Schafstall sind; auch sie muß ich herbeiführen, und sie werden meine Stimme hören‘ . . . wir bitten Dich, verzeihe uns, o Herr.

Wegen unseres theologischen Streites, der oft mit Spott, geistiger Enge und Übertreibung gegen unsere christlichen Brüder geführt wird, wegen unserer Unnachsichtigkeit und unseren harten Urteilen . . . wir bitten Dich, verzeihe uns, o Herr.

Wegen aller schuldhaften Gewalttaten, die heute wie in der Vergangenheit von uns Katholiken (bzw. Orthodoxen, Protestanten, Anglikanern) gegen unsere christlichen Brüder verübt worden sein mögen . . . wir bitten Dich, verzeihe uns, o Herr.

Wegen aller ungerechten Unterdrückung ihnen gegenüber . . . wir bitten Dich, verzeihe uns, o Herr.

Wegen aller stolzen und selbstzufriedenen Haltungen, die wir Jahrhunderte hindurch unseren christlichen Brüdern gegenüber eingenommen haben mögen, wegen all unseres Unverständnisses . . . wir bitten Dich, verzeihe uns, o Herr.

Wegen des schlechten Beispiels unseres Benehmens, das die Wirkung der Gnade in den Seelen all unserer christlichen Brüder verzögert, verringert oder zerstört hat . . . wir bitten Dich, verzeihe uns, o Herr.

Wegen der Versäumnis eines häufigen, inbrünstigen, brüderlichen Gebets für sie . . . wir bitten Dich, verzeihe uns, o Herr.

2. Über die Grenzen von Sprache, Rasse und Nation hinaus . . . einige uns, o Jesus.

Über unsere Unwissenheit, unsere Vorurteile, unsere instinktiven Abneigungen hinweg . . . einige uns, o Jesus.

Über unsere geistigen und religiösen Schranken hinweg . . . einige uns, o Jesus.

3. O Gott, zu Deiner größeren Ehre . . . sammle die verstreuten Christen.

O Gott, für den Sieg des Guten und der Wahrheit . . . sammle die verstreuten Christen.

O Gott, damit es nur noch Eine Herde und Einen Hirten gebe . . . sammle die verstreuten Christen.

O Gott, um den Stolz Satans und seiner Helfershelfer zu beschämen . . . sammle die verstreuten Christen.

O Gott, zur größeren Freude des Herzens Deines Sohnes . . . sammle die verstreuten Christen.“

**Um die politische
Einigung
der niederländischen
Katholiken**

Wie erinnerlich (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 299), hatten im Frühjahr vergangenen Jahres die Mitglieder der „Katholischen Arbeitsgemeinschaft“ in der sozialistischen Sammelbewegung, der Partei der Arbeit, einen Zusammenschluß mit der Katholischen Volkspartei, der stärksten katholischen Partei des Landes, unter Berufung auf ihr Gewissen abgelehnt, das es „nicht zulasse, dem Wunsche der Bischöfe Folge zu leisten“. Die Leitung der Katholischen Volkspartei (KVP) hielt auf Grund dieses Beschlusses jedes weitere Verhandeln mit den Katholiken in der Partei der Arbeit für aussichtslos und bemühte sich in den folgenden Monaten verstärkt um eine Fusion mit der Katholischen Nationalpartei.

Diese Bemühungen haben jetzt zu einem vollen Erfolg geführt. Am 9. Oktober vollzog sich auf dem Parteikongreß der KVP in Utrecht die Wiedervereinigung der beiden Parteien. Die Katholische Nationalpartei unter Führung des ehemaligen Kolonialministers J. I. M. Welter, der 1948 auf Grund von Meinungsverschiedenheiten in der Indonesienfrage aus der Katholischen Volkspartei ausschied und die Katholische Nationalpartei gründete, ist freilich nur eine Splitterpartei. Sie erhielt bei den Wahlen 1952 120 000 Stimmen und verfügt über zwei Abgeordnete (Welter und Lemaire) in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments. Die beiden Abgeordneten werden als Parteilose ihre Sitze behalten und bei den kommenden Wahlen im Sommer 1956 als Vertreter der KVP kandidieren.

Der Zusammenschluß hat jedoch — ganz abgesehen von seinem ideellen Wert und Zeugnischarakter für die Einheit der Katholiken — möglicherweise auch weittragende politische Folgen. Bis jetzt bildeten KVP und Partei der Arbeit als stärkste Parteien des Landes die Regierung. Beide verfügen über je 30 Sitze im Parlament. Durch den Zusammenschluß wird sehr wahrscheinlich die Katholische Volkspartei bei den nächsten Wahlen die Partei der Arbeit überrunden und eine Regierungskoalition nach ihrem Willen bilden können, zumal die Partei der Arbeit offensichtlich mit inneren Spannungen zu kämpfen hat. Gerade zum Zeitpunkt der Absage der „Katholischen Arbeitsgemeinschaft“ konstituierte sich in der Partei der Arbeit gegen offiziellen Parteibeschuß eine neue Arbeitsgemeinschaft, das „Sozialdemokratische Zentrum“. Diese neue Gruppe ist extrem links eingestellt, hält am Klassenkampf fest, fordert die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel und wünscht engere Kontakte mit dem „europäischen und asiatischen Sozialismus“, d. h., sie versucht die einheitliche Außenpolitik der niederländischen Parteien zu sprengen. Es liegt nahe, daß ein Austritt der „Katholischen Arbeitsgemeinschaft“ aus der Partei der Arbeit eben zu dem Zeitpunkt, als ihre Einheit durch die Linksextremisten gefährdet war, die Partei erheblich geschwächt, wenn nicht gar ganz hätte aufliegen lassen. Ob die Bemühungen der KVP um die „Katholische Arbeitsgemeinschaft“ jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt günstiger ausfallen würden als im Frühjahr 1955, ist schwer zu sagen. Sicher ist, daß die Katholische Volkspartei aus den innerparteilichen Spannungen der Partei der Arbeit bei den nächsten Wahlen profitieren wird.

Zu den wichtigsten Punkten des Wahlprogramms der KVP zählen die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit und die radikale Lösung der Wohnungsnot. In den Niederlanden fehlen gegenwärtig 300 000 Wohnungen,

ein Mangel, der unter den jetzigen Verhältnissen frühestens bis 1964 behoben werden könnte. Um den Aufbau zu beschleunigen, forderten bereits im letzten Juni katholische Gewerkschaftler und Politiker, obgleich sie sich seit 1950 für einen allgemeinen Achtstundentag einsetzen, eine Verlängerung der Arbeitszeit für das Baugewerbe. Nach einer Meldung der KIPA (16. 6.) hatte dieser Appell wenig Erfolg: „Denn auch die in der katholischen Gewerkschaft zusammengeschlossenen Arbeiter weigerten sich kategorisch, ihre Arbeitszeit zu verlängern.“ Der Widerstand der katholischen Arbeiter wurde seinerzeit von den katholischen Arbeiterführern heftig kritisiert.

Die Haltung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegenüber der Katholischen Volkspartei scheint nach wie vor nicht frei von Mißtrauen zu sein. Wie schon im Frühjahr 1955, als die Katholische Arbeiterbewegung ihre Ansprüche nach einer stärkeren Einflußnahme im Rahmen der Katholischen Volkspartei anmeldete (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 252), entwickelte auf dem Utrechter Parteitag ihr Führer, Jan Middelhuis, die Grundzüge für eine Arbeiterpolitik der KVP. Er forderte, die Partei müsse die Rechte der Arbeitnehmer „auf einen gerechten Anteil am Betriebsgewinn und einen Eigentumsanteil an Werkzeugen, Maschinen und Fabrikgebäuden“ unterstützen (NCWC News Service, 10. 10. 1955).

Aus Amerika

**Die Kirche
in Argentinien
zwischen den
Revolutionen**

Die politische Aktion der argentinischen Katholiken scheint auch weiterhin so oder so von ausschlaggebender Bedeutung für die Zukunft des Landes zu bleiben. Ihre Verantwortung ist daher sehr groß. Sie bilden keine Einheit, und das hat sich sogar als günstig erwiesen. Denn wenn ein Teil von ihnen durch Zusammenarbeit mit dem Regime Perón oder durch reaktionär-nationalistische Haltung nach dessen Sturz kompromittiert erscheint, so ist doch eine zweite Gruppe von diesem Schatten vollkommen frei. Eine andere Frage mag es sein, ob sich diese Gruppen zu einer Einheit finden könnten, die die Fehler der Vergangenheit zu meiden verstünde, wie der Episkopat es wünscht.

Die Kirche hat sich von der Diktatur Peróns blenden lassen, als dieser ihr 1943 die Wiedereinführung des seit 60 Jahren aus den Schulen Argentinien verbannten Religionsunterrichts versprach. Sie hat den Diktator, der durch den Militärputsch 1943 zur Macht kam, daraufhin durch die Stimmen der Katholiken, die den Weisungen der Hierarchie folgten, 1946 auf den Präsidentensitz gebracht und ihn gestützt, bis er sich im Herbst 1954 plötzlich gegen sie zu wenden begann (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 410 ff.). Sie hat ihm dann allerdings entschiedenen Widerstand entgegengesetzt, und ihr Widerstand hat schließlich entscheidend zu seinem Sturz im September 1955 mit beigetragen. Die wichtigsten Posten der ersten provisorischen Regierung nach Peróns Sturz wurden daher auch mit Katholiken besetzt, die im Widerstand hervorgetreten waren. Aber Argentinien hat auch diese Regierung wieder abgeschüttelt, und zwar wegen des scharf reaktionär-nationalistischen Kurses ebendieser Katholiken. Man konnte nicht vergessen, daß viele von ihnen lange Zeit hindurch das Regime Perón mitgetragen

und sich erst in letzter Stunde, als die Kirchenverfolgung begann, von ihm abgewandt hatten.

Es existiert jedoch, wie gesagt, auch eine andere Gruppe von Katholiken, die sich schon 1943 nicht durch die damalige Religionspolitik Peróns hat blenden lassen, sondern vor der Diktatur als solcher gewarnt hatte: sie war damals von der Hierarchie selber verurteilt worden. Diese Gruppe scheint unter der zweiten provisorischen Regierung des Generals Aramburu, die seit dem 13. November am Ruder ist, eine Rolle zu spielen.

Zweifellos sind die Maßnahmen im sozialen Bereich heute von ausschlaggebender Wichtigkeit sowohl für die Dauer einer Regierung wie auch für das Ansehen und den Einfluß der Kirche oder der verschiedenen katholischen Gruppen in Argentinien. Und hier liegen schwere Probleme. Sie werden kompliziert durch die Sozialpolitik des peronistischen Systems des „Justzialismus“ mit seiner Förderung des Arbeiterstandes und mit der Macht, die er den Gewerkschaften, auf die er sich stützte, gegeben hat. Denn hier nistet ein zäher Widerstand gegen jede neue Regierung. Kann sich diesen Fragen gegenüber die große reaktionäre Gruppe, die es im argentinischen Katholizismus gibt, mit den fortschrittlichen Gruppen, die zu Peróns Zeit in einer Art Untergrund gelebt haben, zu einer katholischen Einheitspartei zusammenschließen?

Gruppierung der Katholiken

Die christlich-demokratischen Gruppen, die sich während der Diktatur im geheimen gebildet hatten, teils schon seit längerem, teils erst in letzter Minute, traten plötzlich in der kurzen Zeitspanne der sogenannten „Befriedung“ nach dem Putsch vom 16. Juni (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 495) ans Tageslicht. Es waren fünf an der Zahl. Ihre Existenz im Untergrund hatte ihnen keine Möglichkeit gegeben, voneinander Kenntnis zu erhalten. Nach dem Sturz der Diktatur war daher für sie das dringendste Problem eine Einigung auf politischem Gebiet. Bis heute ist es jedoch (nach „Informations Catholiques Internationales“ Nr. 13, 1. Dez. 1955) nicht gelungen, die Hindernisse zu überwinden, die die „Junta Promotora“ der Christlich-Demokratischen Partei (zu der die vier Gruppen der Christlich-Demokratischen Bewegung, der Bewegung Avanzada, der Republikanischen Partei von Córdoba und, im Bereich der Universität, der Humanistenliga gehören) einerseits und die Christlich-Demokratische Bundesunion (mit der Studentenvereinigung der katholischen Universitätsstudenten) andererseits trennen. Die erste dieser beiden Gruppen setzt die alte argentinische christlich-demokratische Bewegung fort, die seit Beginn des Jahrhunderts im sozialen Bereich tätig war und seit 1930 als „Volkspartei“ einen Sitz im Parlament hatte. „Informations Catholiques“ vergleicht sie mit der Partei Don Sturzos in Italien. Diese Gruppe war immer antitotalitär, antifaschistisch, antinationalsozialistisch eingestellt und von Anfang an Gegner Peróns; sie hat ihm auch bei seiner Religionspolitik seit 1943 nie getraut. Viele von ihren Anhängern sind während der Diktatur im Gefängnis gewesen.

Die Anhänger der zweiten Gruppe christlicher Demokraten sind zum großen Teil erst während der Verfolgung als solche aufgetreten; sie waren z. T. im Zweiten Weltkrieg Parteigänger der Achse und haben Perón gestützt. Sie scheinen jedoch heute — so sagen die „Informations Catholiques“ — aufrichtig demokratisch zu handeln.

Am schärfsten ist der Gegensatz zwischen den beiden christlich-demokratischen Gruppen innerhalb der Studentenschaft. Die „Vereinigung der katholischen Universitätsstudenten“ (FEUC) wirft der Humanistenliga Heterodoxie vor und führt dabei die alten Argumente gegen die Philosophie Maritains an, die in Lateinamerika immer noch eine wichtige Rolle spielt. Die Humanistenliga entgegnet darauf, Maritains Philosophie sei nie von der Kirche verurteilt worden, und auch die christlich-demokratischen Parteien anderer Länder, die sich von dieser Philosophie inspirieren lassen, wie z. B. die Chiles, seien von den Bischöfen nie verurteilt worden, im Gegenteil.

Die Humanistenliga wirft dem Führer der FEUC vor, er habe den gemeinsamen Hirtenbrief des argentinischen Episkopats inspiriert, der während der Regierung Lonardi verkündet wurde und der den „Humanismus“ aufs schärfste angriff. Einige Bischöfe, die vor der Abgabe ihrer Unterschrift zu diesem Hirtenbrief nicht hinreichend informiert worden waren, distanzieren sich nachträglich davon, so z. B. die Erzbischöfe von Córdoba und Santa Fé und der Bischof von La Rioja, die alle während der Kirchenverfolgung von Perón besonders heftig und persönlich angegriffen worden waren (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 161). Die Anhänger der Christlich-Demokratischen Partei aber, die mit der Regierung Aramburu zusammenarbeiten, werden von den reaktionären Katholiken der Mitarbeit in einer laizistischen, ja kirchen- (und arbeiter-) feindlichen Regierung beschuldigt! Das wahre Gesicht und Kräfteverhältnis der verschiedenen katholischen Gruppen wird wohl erst durch die Wahlen enthüllt werden, die dem Land die endgültige Ordnung zurückgeben sollen. Man glaubt jedoch einen zunehmenden Einfluß der Gruppe wahrzunehmen, die sich am Geist Don Sturzos und Maritains inspiriert (so auch „La Croix“, 30. 11. 1955). Die Acción Católica Argentinien scheint stark reaktionär zu sein und mit dem Sturz Lonardis in den Hintergrund zu treten. Die christliche Arbeiterbewegung ihrerseits, deren erste Regungen einen der frühesten Anlässe zu Peróns Kirchenverfolgung gebildet hatten, tritt gegenwärtig überhaupt nicht hervor.

Der Episkopat

Am 22. Oktober haben die argentinischen Zeitungen zum ersten Male seit dem Sturz Peróns einen gemeinsamen Hirtenbrief des argentinischen Episkopats veröffentlicht, in dem dieser zunächst die in der Verfolgung bewiesene Einheit aller Katholiken pries und dann fortfuhr: „Wir wissen, daß die Einheit aller Katholiken theoretisch nicht immer in den vielfachen Bereichen ihrer autonomen Tätigkeiten unerlässlich ist. Sie ist ebenfalls nicht unerlässlich, damit die Kirche ihren Auftrag der Glaubensverkündigung ausführen kann, und man könnte selbst hinzufügen, daß bei gewissen Betätigungen die Verschiedenheit der Meinungen, Methoden und Organisationen die Verbreitung des Evangeliums fördere . . . Aber das heißt nicht, daß wir nicht über die Einheit im Glauben und die Unterwerfung unter die Kirche hinaus nach einer weiteren Einheit in den Grenzen des Möglichen jedesmal dann streben müßten, wenn das offenbare Gemeinwohl es nach dem Urteil der Hierarchie verlangt.“ Daß die Einheit (gemeint ist die politische Einheit) im gegenwärtigen Moment nicht größer ist, erklären sich die Bischöfe mit einem „mangelnden Vertrauen vieler Katholiken gegenüber der Betätigung der Kirche, die sie als ungerecht-

fertigte Einmischung charakterisieren. Dieser Mangel äußert sich in der Hartnäckigkeit, mit der man auf eine ‚klerikale‘ Gefahr hinweist und mit der man auf der Notwendigkeit eines ‚integralen theozentrischen (doch nicht christlichen) Humanismus‘ zur Erreichung der Einheit für die Lösung der grundlegenden Probleme beim Aufbau der irdischen Civitas besteht.“ Der Hirtenbrief erhebt schwere Vorwürfe gegen diese „humanistischen“ Gruppen, die — nach Ansicht der Bischöfe — das Christentum nur als Kulturträger im Sinne allgemeiner Humanität gelten lassen und es als Kirche Christi leugnen! (Der Hirtenbrief ist uns nicht direkt zugänglich geworden; wir zitieren ihn nach „Informations Catholiques Internationales“ Nr. 13, 1. Dez. 1955, die das umfangreiche Dokument auch nur auszugsweise und übrigens nicht immer leicht verständlich anführen.)

Über einen zweiten gemeinsamen Hirtenbrief des argentinischen Episkopats berichtet KNA vom 16. November. Darin heißt es: „Die Masse ist der schlimmste Gegner der Demokratie und ihrer Freiheits- und Gleichheitsideale... Es ist unsere unabdingbare Pflicht, unsere Kräfte zu vereinigen, damit in unserem Land die Masse zu einem Volk wird, das sich selbst erkennt und sich seiner Verantwortung bewußt wird.“ Zur Erreichung dieses Ziels müssen Unwissenheit und Elend, Areligiosität und Kulturlosigkeit bekämpft werden, „indem wir ein soziales Verantwortungsgefühl der Gerechtigkeit und der Caritas als Voraussetzung des sozialen Friedens schaffen“. Doch „im Augenblick, wo alle ihre Bemühungen zum Wiederaufbau des Vaterlandes vereinigen sollten, fehlen diejenigen nicht, die sich selbst betrügen, indem sie die Kirche beschuldigen, mit einem ihr entgegengesetzten Regime zusammengeliebt und ihre Stimme erst dann erhoben zu haben, als sich der Kampf gegen sie selber richtete. Die Wahrheit ist, daß wir ein politisches Regime nicht mit politischen Waffen auf dem Felde der Politik bekämpften, sondern stets mit der Wahrheit auf dem Boden des Naturrechts und der Religion.“ Bei diesen Vorwürfen handle es sich jedoch nur um eine „krankhafte Katholikenfeindlichkeit“ derjenigen, die nicht Anstand genug hätten, zuzugeben, daß die Kirche als solche ihre Pflicht erfüllt habe, ohne sich auf das Gebiet der Politik verlocken zu lassen, wie man es gewünscht habe.

Ein dritter Hirtenbrief, der am 20. November, d. h. nach dem Sturz Lonardis, in allen Kirchen des Landes verlesen wurde, scheint (nach Auszügen in NCWC News Service vom 21.11.1955) auf einen mehr seelsorglichen Ton gestimmt gewesen zu sein. Die Bischöfe sorgen sich, weil Friede und Sicherheit des Landes immer noch von peronistischen Parteigängern, mehr aber noch durch die Entchristlichung weiter Volksmassen als Frucht des peronistischen Regimes bedroht seien. Sie richteten einen dringenden Appell an alle Katholiken, sich im Kampf gegen die religiöse Unwissenheit vieler Katholiken zusammenzuschließen, denn „viele denken, handeln und leben, als ob sie überhaupt keine Katholiken seien“. Die katholischen Führer sollten die „religiöse Verwirrung und Lauheit“, die das Regime Peróns hinterlassen habe, und insbesondere die antiklerikalen Strömungen bekämpfen. „Wir haben eben erst die freie Ausübung unserer legitimen Rechte nach der furchtbaren Erfahrung, die unser Land unter einem totalitären Regime durchgemacht hat, wiedergewonnen, das sich zwar auf Gott berief, aber

die Massen verwirrte, die Kirche verfolgte und sich an deren Stelle setzen wollte.“

Die Bischöfe ermahnten dann alle Katholiken innerhalb und außerhalb der katholischen Organisationen, sich um das Apostolat und die sozialen Fragen zu bemühen. „Wir haben die Verpflichtung, darauf zu dringen, daß die Katholiken die päpstliche Soziallehre verwirklichen.“ Glaubensbekenntnis wiederum sei unerläßlich, damit das religiöse Leben des Volkes nicht ständig den Gefahren von Abirrung, religiöser Skepsis und kommunistischem Atheismus ausgesetzt bleibe.

Weiterhin fordert auch dieser Hirtenbrief, wie NCWC News Service sagt, wieder klar zur politischen Einheit der Katholiken auf.

Die Dokumente verraten nur zu deutlich, wie prekär die Stellung der gegenwärtigen Träger der Hierarchie zwischen den wechselnden Regierungen geworden ist. Man spricht davon, daß der Primas von Argentinien, Kardinal Copello von Buenos Aires, der bis zur offenbaren Unmöglichkeit versucht hatte, doch noch eine Versöhnung zwischen der Kirche und Perón zustande zu bringen, nicht mehr auf seinen Bischofssitz zurückkehren werde. Jüngere, der sozialen Frage mehr zugewandte und politisch weniger belastete Mitglieder des Episkopats, unter denen z. B. der von Perón ausgewiesene Weihbischof Tato genannt wird, scheinen jetzt mehr in den Vordergrund zu treten.

Die Freiheit der katholischen Presse

Der Leitartikel vom 19. November 1955 in der Zeitschrift der Jesuiten in den Vereinigten Staaten, „America“, trägt die Überschrift: „Die katholische Presse und die redaktionelle Politik“. Der Inhalt des Aufsatzes zeigt, daß es sich um die redaktionelle Freiheit von Zeitschriften handelt, die als katholisch gelten wollen.

Die Zeitschrift „America“ erscheint seit dem 1. Oktober 1955 unter neuer Leitung und in veränderter Aufmachung. Diese Veränderung hängt damit zusammen, daß die für die Herausgabe Verantwortlichen eine größere Resonanz erzielen wollen. In einer eigenen Werbeansprache im Rundfunk gab der Erzbischof von Boston, Msgr. Cushing, diese Überlegungen bekannt. Er sagte, die Zeitschrift, obwohl eines der eindeutig führenden katholischen Blätter, habe nicht die Verbreitung erlangt, die man erwarten sollte. Sie kommentiert alle wichtigen Ereignisse des öffentlichen Lebens vom katholischen Standpunkt, und ihre Kommentare sind derart, daß auch ein nicht-katholischer Leser sie als gut und sachlich empfinden wird. Aber es sei nun einmal so: „Wir haben unzählige katholische Zeitschriften, manche von ausgezeichneter Qualität, aber sehr wenige, die die Hände von Nichtkatholiken erreichen.“

Es ist nicht so, daß diese Zeitschrift irgendeiner Propaganda dienen will. Sie wird in erster Linie für katholische Leser geschrieben. Aus dem Leitartikel vom 9. November ergibt sich aber, daß die neue Leitung von „America“ sich gegen eine Annahme wehren muß, die offenbar auch in katholischen Kreisen verbreitet ist und die Unbefangenheit der Leser hemmt, die Annahme, daß katholische Zeitschriften irgendwie unfrei und von oben her gesteuert sind. Nun gibt sich zwar das Leserpublikum sehr wenig Rechenschaft darüber, daß kaum eine Zeitung von der Absicht derjenigen unabhängig ist, die ihren finanziellen Bestand garantieren. Aber man hat ein Vorurteil dagegen, daß öffentliche Autoritäten Organe der

Presse kontrollieren. Das empfindet man als gegen die Spielregeln der freien Gesellschaft gerichtet.

„America“ zeigt nun, daß die dogmatische und moraltheologische Zensur der katholischen Presse nicht gegen die redaktionelle Freiheit gerichtet ist und daß die Träger des kirchlichen Lehr- und Hirtenamtes alles andere im Sinn haben, als die katholische Presse im ganzen gleichzuschalten. Es sind gerade die Bischöfe der Vereinigten Staaten, die die katholischen Journalisten unermüdlich und nachdrücklich einladen und auffordern, ihre eigene Meinung zu haben und zu sagen. Wenn die katholische Presse einen konformistischen Eindruck macht, liegt es nicht an ihnen, sondern an der Bequemlichkeit der Herausgeber, indem diese konkreten Stellungnahmen durch einen Rückzug auf allgemeine Grundsätze ausweichen.

Das Blatt führt einige dieser bischöflichen Mahnungen an. „Nur die Wahrheit verpflichtet uns“, erklärte Kardinal McIntyre am 31. Oktober 1955 den katholischen Journalisten. Er wandte sich gegen eine falsche Neutralität katholischer Blätter in Fragen, die vom Glauben her im Bereich der freien Meinung liegen, und forderte die Zeitungsmänner zur Tapferkeit auf, natürlich in Verbindung mit Mäßigung und Liebe.

Bischof Dwyer von Reno, der selbst journalistisch tätig ist, nannte es eine der wichtigsten Pflichten, gegen jede Dogmatisierung von Ideen kritisch zu sein. Seien sie liberal oder konservativ, man dürfe niemals dogmatische Thesen daraus machen.

Kardinal Stritch erklärte schon 1954: „Wir wollen nicht jede Behauptung einer katholischen Zeitung, selbst nicht der sogenannten offiziellen Diözesenzeitung als autoritative Feststellung angesehen haben. Immer gewähren wir der Presse eine Menge Freiheit zum Ausdruck ihrer Meinungen und Überzeugungen, und wir sind immer bereit, beide Seiten einer strittigen Sache darzustellen.“ Der Kardinal fügte hinzu, es sei gar keine Frage, daß die katholische Presse weit wirksamer sein würde, „wenn sie sich bei strittigen Fragen mehr in Kontroversen einließe“. Kardinal Stritch gebrauchte die Formulierung, es gebe eine „unglückliche Frömmigkeit“ in Dingen, die die Kirche selbst freiläßt. Und Kardinal McIntyre sagte den katholischen Journalisten: „Sie haben eine wirksame Macht, aber ich fürchte, sie wird nicht gebraucht!“

Die neuen Herausgeber von „America“ richten an alle katholischen Redaktionen die Aufforderung, sich dieser Freiheit zu bedienen; denn diese Worte der Bischöfe seien mehr als eine Erlaubnis, sie seien eine Weisung.

Aus den Missionen

**Für die Kirche
in Vietnam.
Missions-
gebetsmeinung
für Februar 1956**

Nachdem am 20. Juli 1955 die letzte Frist für den Bevölkerungsaustausch zwischen den beiden Vietnam abgelaufen war (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 549), war der kirchlich bestellte Flüchtlingsbischof Msgr. Petrus M. Pham Ngoc Chi erstmalig im Oktober vorigen Jahres in der Lage, einen abschließenden Bericht über die Zahl der katholischen Flüchtlinge und ihre augenblickliche Lage an die Propagandakongregation in Rom zu senden. Zur gleichen Zeit gab das Sekretariat des Hilfskomitees für die Wiedereingliederung der Flüchtlinge aus Nordvietnam eine Liste der Flüchtlingsdörfer mit anliegender Karte heraus, aus denen die Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen

Orte, ihre jeweilige Zahl, ihr Herkunftsgebiet, ihr religiöses Bekenntnis und (bei den katholischen Dörfern) die jeweilige Diözese usw. der altchristlichen Welt, die das betreffende Dorf adoptierte, ersichtlich sind. Die folgenden Angaben über die Lage des Flüchtlingswerkes stützen sich auf diese beiden zuverlässigen Quellen.

Die gelungene Umsiedlung von Hunderttausenden

Im Oktober 1955 belief sich die Gesamtzahl der Flüchtlinge auf 860 206. Davon waren 676 348 Katholiken, 182 817 Buddhisten und 1041 Protestanten. Es sind 286 Flüchtlingsdörfer gegründet worden, und zwar 265 katholische Dörfer, 18 buddhistische und 3 protestantische, wobei es sich nicht verhindern ließ, daß kleine Gruppen anderer Bekenntnisse jeweils in den nach den religiösen Bekenntnissen getrennten Siedlungen Aufnahme fanden. So nahmen die katholischen Dörfer etwa 45 000 Buddhisten auf. In den katholischen Dörfern haben 81 386 Familien eine endgültige Unterkunft gefunden, während 31 115 Familien noch in Notquartieren wohnen. Jedes katholische Dorf bildet zugleich eine Pfarrei und setzt sich weitgehend aus Angehörigen der betreffenden Bezirke im Norden zusammen, aus dem die Flüchtlinge stammen. Es ist hier ein soziologisch sehr bedeutsamer Versuch gemacht worden, die bindenden Kräfte von Religion, Volkstum und Heimat den Gefahren einer drohenden Auflösung entgegenzustellen, indem man die Strukturen des Ursprungslandes der Flüchtlinge gewissenhaft in die neue Heimat übertrug. Dies war um so wichtiger, als in Vietnam die ländliche Gemeinde bisher ein gleichsam autarkes Gebilde im Staate war. Eine erhebliche Zahl von Flüchtlingen (89 500), die nicht in diesen Strukturen gelebt hatten (meist Beamte, Kaufleute, Arbeiter), verteilten sich selbständig auf die großen Städte, während 70 000 Soldaten den Garnisonorten im Süden zugeteilt wurden. 50 % dieser nicht-ländlichen Umgesiedelten sind Buddhisten. Es ist also der katholischen Flüchtlingsfürsorge gelungen, das katholische Landvolk, den Kern und die Kraft des vietnamesischen Katholizismus, weitestgehend zusammenzuhalten. Die überwältigende Mehrzahl der Neusiedler (656 000) wurde im Apostolischen Vikariat Saigon angesiedelt, dessen Katholikenzahl von ursprünglich 154 000 auf mindestens 650 000 heraufschnellte. Während vor der gewaltigen Wanderungsbewegung das Delta des Roten Flusses im Norden die geschlossenste katholische Gruppe des Landes aufwies, ist jetzt in dem Gebiet am unteren Laufe des Mekong die größte Zusammenballung des Katholizismus erfolgt. Fast geschlossen siedelte hier der Flüchtlingsbischof sein gesamtes Apostolisches Vikariat von Bui-Chu an, das vor der Abwanderung 209 000 Katholiken zählte. Die Umstände hatten ihm gestattet, im Gegensatz zu den Verhältnissen in anderen Vikariaten, in aller Ruhe den Abtransport mit Hilfe der amerikanischen und französischen Flotte bzw. Flugwaffe zu organisieren, und es gelang seiner Tatkraft, bestes unbebautes Ackerland für seine Christen in der neuen Heimat zu erhalten. Im allgemeinen stehen den Flüchtlingen nur die großen Waldgebiete in den Provinzen um Saigon zur Verfügung, die sie roden müssen. In anderen Provinzen, wo gutes Ackerland brachlag, wagte man die Christen wegen der dort herrschenden allgemeinen Unsicherheit nicht anzusiedeln. Die Leute aus dem Norden haben inzwischen mit der Geduld und dem Mut, der ihnen eigen ist, große Gebiete urbar gemacht. Es fehlt natürlich überall an technischer Installation. Des-

halb wandte sich der Flüchtlingsbischof an die Katholiken der westlichen Welt und bat um die Hilfe von Spezialisten jeder Art (Ärzte, Krankenpfleger, Ingenieure, Mechaniker, landwirtschaftliche Fachleute) sowie um Bereitstellung von Bulldozern und Traktoren. Den Bitten des Bischofs ist in verschiedenen Ländern entsprochen worden, aber noch nicht in ausreichendem Maße. Große Hilfen leisteten die Regierungen von USA und Frankreich. Bedeutende Mittel brachten auch die Katholiken Frankreichs auf, die Diözese um Diözese, Gemeinde um Gemeinde Patenschaften übernahmen. Bekanntlich leisteten auch die Diözesen der Bundesrepublik in vereintem Bemühen von Bischöfen und Gläubigen eine vom Flüchtlingsbischof hoch gewertete finanzielle und sachliche Hilfe. Der stärkste Einsatz an Menschen und Mitteln kam von den katholischen Hilfsdiensten der Vereinigten Staaten. Die Spenden der ganzen katholischen Welt erreichten natürlich nicht die Höhe der amtlichen Hilfe der Regierung von USA, die 57 Millionen Dollar für diese Zwecke ausgab, 45,5 Millionen allein für die direkte Aufbauhilfe. Erwähnenswert ist auch, daß gegenüber der Not in Südvietnam auch „die asiatische Solidarität“ in Erscheinung trat. Eine unter der Devise „Operation Brüderlichkeit“ von den Philippinen aus gestartete Aktion fand in Japan, Korea und Pakistan ihr Echo. Lebensmittel, Medikamente, Ärzte, Krankenpfleger wurden besonders von den Philippinen aus in die Notstandsgebiete gesandt. Nach der Umsiedlung beträgt die Gesamtkatholikenzahl in den 5^{1/2} Vikariaten südlich des 17. Breitengrades (das Vikariat Hué wurde durch die Grenzziehung in zwei Teile zerschnitten) 1 096 714, in den 10^{1/2} Vikariaten des Nordens 456 720. Vor der Massenabwanderung aus dem Norden war die zahlenmäßige Verteilung der Katholiken genau umgekehrt. Im Norden lebten 1 133 068 Katholiken, im Süden nur 420 366.

Der religiöse Aufbau

Da sehr viele (im Anfang zu viele) vietnamesische Priester aus dem Norden flohen, war es nicht schwer, jeder katholischen Neusiedlung einen Vietnamesen als Pfarrer zu geben. Und da in den Landgemeinden des Nordens die Priester auch so etwas wie die Bürgermeister der Gemeinden waren, fiel diesen Geistlichen die Aufgabe zu, weitgehend den Aufbau der Flüchtlingsgemeinden zu leiten. Sie unterzogen sich dieser Aufgabe mit Bravour, vor keiner Arbeit zurückschweigend. Die Leistung der Flüchtlingspriester wurde entscheidend für das Gelingen der Umsiedlung, wie allgemein anerkannt wird. Der Flüchtlingsbischof sorgte durch zahlreiche Instruktionen und Pastoralbriefe dafür, daß der priesterliche Geist der „Urwaldpioniere“ nicht litt, entschied aber nach Abschluß der ersten Phase des Aufbaus (1. Januar 1956), daß von nun an die Priester überall die Verwaltung der Gemeinden aufzugeben haben, um sich ausschließlich der Seelsorge zu widmen.

Den Norden verließen insgesamt 676 einheimische Weltpriester. Im Norden blieben 399. Hatte man im Anfang gefürchtet, daß die zurückgebliebenen Katholiken nicht genügend Priester behalten hätten, so sahen die Dinge doch etwas anders aus, als die Massenflucht der Christen weitere Hunderttausende in den Süden führte. Immerhin wäre es besser gewesen, wenn gerade im religiös bedrohten Norden mehr einheimische Priester ausgeharrt hätten. Man kann verstehen, daß gerade die Geistlichen, die im Norden schon bitterste Verfolgung erlebt hatten (Dut-

zende starben als Opfer der Kommunisten, sehr viele waren lange verhaftet, und manche sind für immer verschollen), von der Flüchtlingspanik mitgerissen wurden. Der in Hanoi residierende Apostolische Delegat gab übrigens allen Priestern die Freiheit, zu gehen oder zu bleiben, allerdings erst in dem Augenblick, als sich die durch die Genfer Konferenz geschaffene Lage klar überblicken ließ. Augenblicklich sind die im Reiche Ho Chi Minhs zurückgebliebenen Priester in keiner guten Lage. An den Wohnort gebunden, seelsorglich auf die Gottesdienste beschränkt, aller Einkünfte aus dem Pfarrbesitz beraubt, Indoktrinationskursen unterworfen, müssen sie täglich das Schlimmste befürchten. 20 von ihnen, darunter ein Generalvikar, befinden sich in Haft.

Der Priesternachwuchs im Süden ist dadurch gesichert, daß 5 Priesterseminare aus den Flüchtlingsgebieten und 7 Vorbereitungsschulen für den Priesternachwuchs vor allem mit Hilfe der Päpstlichen Missionswerke wieder in Gang gebracht wurden. Sie allein beherbergen 267 Seminaristen und 1009 Studenten der Vorklassen. Dazu kommen natürlich die Seminare, die schon früher im Süden bestanden. Die nicht dem Priesterstande angehörenden geflüchteten Ordensleute sind weithin mit den Katechisten als Lehrer und Krankenpfleger eingesetzt. In 10 Monaten baute man 189 Kirchen, die meisten aus Bambus, Holz oder Stroh. Auch die Zahl der mit Steinen oder Beton erbauten, oft großen Kirchen nimmt ständig zu. Erstaunlich sind die Leistungen auf dem Schulgebiet. Man zählte zu Ende des Vorjahres im Bereich der Flüchtlingsbevölkerung schon 390 katholische Schulen mit 85 000 Kindern. Amerikanische Hilfe wird es ermöglichen, in diesem Jahre 160 000 Kinder zu unterrichten. Die Regierung von Südvietnam gab den katholischen Privatschulen volle innere Freiheit.

Schwere Sorgen bereitet die Wohnungsnot. Noch 30 000 Familien haben kein eigenes Heim. Der Lebensstandard der Flüchtlinge zeigt Ansätze zu einer Erhöhung. Regierung, Kirche und ausländische Caritashilfe bemühen sich, das Handwerk und die ländlichen Selbsthilfeorganisationen zur Entwicklung zu bringen. Man hat schon 328 handwerkliche Zentren und 98 Kooperativen aller Art geschaffen. 545 dieser Einrichtungen sind in Entstehung begriffen.

Treue der Priester

Bis jetzt sind nur etwa 1% der gut 1500 einheimischen Priester zur Bewegung der „fortschrittlichen Christen“, die im Norden organisiert wurde, übergegangen. Einige von ihnen sind suspendiert. In einem Brief des Präfekten der Propagandakongregation, der die Glaubensstreuung der vietnamesischen Katholiken pries, sind die 15 Priester aus dem Norden und Süden, die an einem „Friedenskongreß“ in Hanoi teilnahmen, ohne ihre Bischöfe zu fragen, scharf getadelt worden. Durch Organisation von „Friedensmissionen“ aus Polen und der Tschechoslowakei, denen Gruppen von „patriotischen“ Priestern dieser Länder angehörten, suchte die Regierung Ho Chi Minhs das chinesische Experiment der Katholikenspaltung nachzuahmen, bisher ohne greifbaren Erfolg. Aus begreiflichen Gründen machte der in Hanoi residierende Apostolische Delegat, ein Ire, den Exodus nach Süden nicht mit, ernannte aber für Südvietnam einen Redemptoristenpater als Vertreter mit entsprechenden Vollmachten. Der Delegat ist unbelästigt, mußte aber eine Haussuchung hinnehmen, bei der alle seine Akten registriert wurden.

Konflikt um eine Bischofsernennung

Inzwischen beschleunigt Rom die Ablösung der noch vorhandenen ausländischen Bischöfe. Vom Vikariat Pnom-Penh, das Teile von Kambodscha und Südvietnam umfaßte und einem französischen Bischof unterstand, wurde der vietnamesische Teil als Apostolisches Vikariat Cantho auf Grund der neuen politischen Gegebenheiten abgetrennt und einem vietnamesischen Bischof übergeben. Bei der Ablösung des Bischofs von Saigon durch einen einheimischen Bischof kam es zu einem Konflikt mit dem doch offensichtlich tiefgläubigen katholischen Präsidenten und Premierminister des Landes. Der Fall wirft ein interessantes Licht auf die kirchenpolitische Haltung von Ngo Dinh Diem, der offensichtlich eine bestimmte Konzeption von einem vietnamesischen Bischof hat, die in der Linie seines kompromißlosen Nationalismus (im Sinne einer absoluten Unabhängigkeit) liegt. Rom hatte den bisherigen Seminardirektor von Hué, Simon Nguyen van Hien, zum Nachfolger des Bischofs Cassaigne ernannt, einen Mann von hohen priesterlichen Qualitäten, der sich bisher von aller Politik fernhielt. Die Regierung, die offensichtlich Informationen über den erwählten Bischof hatte, die ihn als irgendwie franzosenhörig ausgaben, setzte sofort ihren Machtapparat in Bewegung, um die Veröffentlichung der Ernennung zu verhindern. Den Zeitungen und Kirchenblättern wurde sechs Wochen lang die Veröffentlichung der Nachricht vom Rücktritt Cassaignes und von der Ernennung des Nachfolgers verboten, obwohl sie schon kirchlicherseits in Saigon von den Kanzeln bekanntgegeben war und obwohl der Rundfunksender für die französisch sprechende Bevölkerung die Meldung schon weitergegeben hatte. Glückwunschtelegramme an den neuen Bischof wurden vom Telegraphenamt zurückgehalten, und selbst die Schaffung des neuen Vikariats Cantho durfte nicht bekanntgegeben werden. Ngo Dinh Diem bestritt das Recht der Kirche zur Ernennung eines neuen Bischofs nicht, verlangte aber, daß die Ernennung zurückgenommen würde. Da Rom dem Ersuchen nicht stattgab, wurde 14 Stunden vor der auf den 30. November festgesetzten Weihe des neuen Bischofs die Nachrichtensperre aufgehoben. Konsekrator war der Bruder des Präsidenten, Bischof Peter Ngo Dinh Thuc, der während des Konflikts gerade in Rom weilte und offensichtlich dort eine Vermittlerrolle ausübte.

Der Katholizismus und das Regime Ngo Dinh Diems

Auch mit rund 1,1 Millionen Bekennern bildet der Katholizismus in einem Lande von 11 Millionen Einwohnern eine absolute Minderheit, freilich eine sehr angesehene Minderheit, die einem Präsidenten, der sich persönlich zur katholischen Staats- und Sozialidee bekennt, die wertvollste Stütze beim Aufbau sein kann und muß. Die Tatsache, daß Ngo Dinh Diem ein „kompromißloser Nationalist“ ist, wird für die innere Entwicklung der Kirche kein Schaden sein, da sie jetzt den Versuch machen muß, sich aus den vielfachen Bindungen an Idee und Praxis des westlichen Kolonialismus wenigstens so weit zu lösen, als es die weltpolitische Lage gestattet, die das zweigeteilte Gesamtvietnam ähnlich wie Deutschland direkt in das Kraftfeld zweier weltpolitischer Gruppierungen gestellt hat. Ngo Dinh Diem hat nach Entmachtung der Sekten-Armeen außerordentlich an Ansehen gewonnen, und Gott sei Dank spielt die Tatsache, daß er Katholik ist, wenigstens zur Zeit bei der nichtchristlichen Bevölkerung gar keine Rolle. Die entscheidenden Faktoren, die über die Zukunft

des Regimes bestimmen, sind die Erziehung des Volkes zu einem echten Mitleben und Mitgestalten am demokratisch aufgebauten Staat und die Lösung der sozialen Frage, besonders unter der durch eine Klasse von Großgrundbesitzern und Spekulanten ausgebeuteten Landbevölkerung, die der Zahl nach 92—94% der Bevölkerung des Landes ausmacht. Bisher hat die Regierung Ho Chi Minhs durch ihre Landreform und die außerordentliche Senkung der Pachtzinsen die Versuche Ngo Dinh Diems zu einer Lösung dieses Problems wenigstens in den Augen des Volkes überboten. Der neue Präsident hat hier starke Widerstände im Lande selbst, die zum Teil auch vom französischen Kapital ausgehen, noch nicht überwinden können, obwohl er mit eisernem Willen sein Ziel verfolgt. Es ist klar, daß seine Sozialreform anders aussehen wird als jene in Nordvietnam.

Die katholische Sozialbewegung

Hier müssen ihn die Katholiken mit aller Kraft unterstützen. Die Möglichkeit dazu bietet der Ausbau der katholischen Sozialbewegung, die sich seit einigen Jahren kräftig entwickelt und von der man im Ausland noch wenig weiß. In Verfolg einer Erlaubnis der Bischöfe zur Gründung von Sozialsekretariaten auf der Basis der christlichen Weltanschauung, die 1952 gegeben wurde, entstand unter Leitung von Laien zu Dalat ein solches Sekretariat, das praktisch überhaupt das erste soziale Studienzentrum in Vietnam war. Zahlreiche soziale Wochen sind vor und nach der Gründung dieses Sekretariates mit gutem Erfolg gehalten worden. Man hat auch einen Sozialkatechismus verbreitet. Die Bischöfe haben an den Priesterseminaren Lehrstühle für christliche Sozialwissenschaft errichtet. Es gilt, dem Volke den Weg zwischen dem kapitalistischen und dem kommunistischen Extrem zu zeigen. Mit Hilfe der Christlichen Gewerkschaften Frankreichs wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in Vietnam Christliche Gewerkschaften gegründet, die nun auf eigenen Füßen stehen und sich sehr gut entwickeln. Von den mehr als 200 000 Mitgliedern sind sogar mehr als die Hälfte Nichtchristen. Diese Gewerkschaften versuchten auch ihren Einsatz bei der Lösung des Flüchtlingsproblems, erzielten aber wenig Erfolge, weil die Regierung zu spät ausländische Techniker herbeiholte, ohne die man keine durchgreifenden Maßnahmen erreichen konnte. Leider besitzt Südvietnam noch immer keine katholische Tagespresse, und die Mehrzahl der Intellektuellen, die nur eine kleine Schicht darstellen, ist durch die in den Staatsschulen gepredigte französische Aufklärung und den durch die Literatur verbreiteten Agnostizismus um ihre religiöse Grundhaltung gebracht worden. An die Stelle der alten Religion und Moral hat man nichts Neues gesetzt. So ist die junge geistige Elite allzugern bereit, die Lehren des Materialismus anzunehmen. Dies muß man wissen, um zu begreifen, vor welchen Schwierigkeiten der katholische Präsident steht und welche Gefahren das Land vom kommunistischen Norden her bedrohen.

Die Bedrängnis der Katholiken in Nordvietnam

Nordvietnam dürfte nach den Abwanderungen noch 12 Millionen Einwohner zählen. Die Katholikenzahl ist dort um mehr als die Hälfte vermindert, so daß der Katholizismus im Norden unter der 4-Prozent-Grenze liegt. Ngo Dinh Diem hatte aus politischen Gründen die Ausreisen aus dem Norden begünstigt, dabei aber zwangsläufig die Kraft des Katholizismus im kommunistischen

Sektor geschwächt. Ein Teil der Katholiken im Norden hatte schon jahrelang die schwere Bedrückung seitens der dortigen Regierung erlitten. Andere Gebiete, die sich mit Hilfe der Franzosen und der südvietnamesischen Expeditionsguppen oder durch eigene Heimwehren (so die Vikariate Phat-Diem und Bui-Chu) erfolgreich gegen die rote Invasion gewehrt hatten, kamen nach dem Genfer Abkommen plötzlich oder nach geringer Zeitpause unter die Herrschaft Ho Chi Minhs. Über das äußere Schicksal der Kirche in der roten Zone brauchen nicht viel Worte verloren zu werden. Es gleicht haargenau jenem der Katholiken in den übrigen Satellitenstaaten Moskaus. Über das Religionsgesetz, das die religiöse Freiheit als solche proklamiert, aber jede Beschränkung dieser Freiheit zuläßt, haben wir schon berichtet (vgl. 9. Jhg., S. 550).

Einige Worte sind noch nötig, um die innere Lage der Kirche in Nordvietnam zu beleuchten. Seelsorglich liegen die Dinge so, daß außerhalb der Residenz des Priesters die Katholiken ohne den Empfang der Sterbesakramente in die Ewigkeit gehen müssen, da die Freizügigkeit der Priester total beschränkt ist. Katholische Schulen, Caritasinstitute, Dotationsfonds usw. gibt es nicht mehr. Die Priester müssen sich irgendwie ihr Brot verdienen, um leben zu können. Von den 10 Bischofssitzen im Norden sind nur 4 besetzt (durch je zwei europäische und vietnamesische Bischöfe). Die Apostolischen Vikare von Phat-Diem und Bui-Chu mußten fliehen, da sie die Zusammenarbeit der von ihnen geschaffenen Heimwehren mit den plötzlich einrückenden französisch-südvietnamesischen Truppen (schon lange vor der Genfer Konferenz) nicht vermeiden konnten und deshalb von den Gerichten der Regierung Ho Chi Minhs in contumaciam mehrfach zum Tode verurteilt waren. Zwei einheimische Dominikanerbischöfe gingen nach Süden. Der eine floh, der andere mußte sich wegen der bei einem schweren Autounfall erlittenen Verletzungen nach Hongkong zur Behandlung begeben und resignierte später. Ein europäischer Bischof ist gestorben, ein anderer, 73jähriger, konnte nicht zurück, da er zur Erholung außer Landes weilte, als sein Gebiet durch die Genfer Abmachungen an die Viet Minh fiel. Ein Vietnameser, dem Rom unter Ernennung zum Titularbischof die Verwaltung zweier verwaister Sprengel anvertraute, hat bisher nicht die Bischofsweihe empfangen können. Der vietnamesische Bischof von Hanoi mußte mit seinen Priestern kommunistische Indoktrinationskurse mitmachen, die jetzt auf breitester Grundlage im ganzen Lande durchgeführt werden.

Die Flucht von Hunderttausenden von Katholiken, deren überwältigende Mehrzahl alles preisgab, um den Glauben für sich und die Kinder zu retten, hat natürlich die Lage der freiwillig oder unter Zwang Zurückgebliebenen gegenüber den Kommunisten sehr erschwert. Sie müssen deshalb immer wieder den Vorwurf hören, der Katholizismus sei eben antinational und dem Imperialismus des Westens hörig. Dieser Vorwurf hat bei den Nichtkatholiken, denen man das Regime Ho Chi Minhs als den Ausdruck des reinsten vietnamesischen Nationalismus seit jeher darstellt, natürlich einige Wirkung.

Das Schlimmste, was diesen Katholiken im Norden zustoßen könnte, wäre allerdings, wenn sie vernähmen, daß ihre Glaubensbrüder in der weiten Welt sie geringer achteten, weil sie unter roter Herrschaft blieben. Objektiv gesehen kann man gewiß sagen, daß das Evangelium nicht nur die Flucht vor der Verfolgung kennt, sondern auch das bewußte Standhalten in der Verfolgung. Schließ-

lich soll doch auch im roten Nordvietnam der Glaube weiterverbreitet werden, jetzt oder später.

Entscheidend zur Beurteilung der Frage ist aber etwas anderes. Die meisten waren bei der Wahl überhaupt nicht völlig frei. Manche wurden von Panikstimmung ergriffen, besonders die kleinen Gruppen in entlegenen Gebieten. Viele schreckten vor der ungewissen Zukunft zurück, die eine Reise über das Meer (das sie nie gesehen hatten) in Gebiete brachte, die für ihre Phantasie so entfernt waren wie für uns etwa Süditalien. Andere schreckten zurück, als sie hörten, daß ihre Mitbürger bei der Flucht mit Flößen verunglückten oder von den Viet Minh zusammengeschossen wurden. Zehntausende wollten fliehen, wurden aber von den Viet Minh gewaltsam zurückgehalten. Nur 20000 Bewohner des Nordens haben nach sicheren Informationen ein amtliches Ausreisevisum von den roten Behörden bekommen. Dazu war die Lage nach der Genfer Konferenz zunächst so, daß manche mit Recht fürchteten, die Viet Minh würden bald auch nach Süden kommen und dann an den Flüchtlingen Rache nehmen. Man muß auch wissen, daß in den geschlossenen katholischen Siedlungen, wo immer Zeit und Muße zur Überlegung blieb, die Entscheidung über Verbleiben oder Fliehen eine Gemeinschaftsentscheidung unter dem Vorsitz des Pfarrers war, bei der sich nach vietnamesischer Dorfsitte die Minderheit dem Votum der Mehrheit beugte. Wenn der Fernost-Korrespondent des katholischen amerikanischen Nachrichtendienstes, P. Patrick O'Connor, in einer Betrachtung über das vietnamesische Drama in „World-mission“ (1, 1955) emphatisch schrieb: „Diese Tausende von (geflüchteten) katholischen Bauern könnten wahrhaft zu ihrem Heiland und Erlöser sagen: Siehe, wir haben alles verlassen und sind Dir nachgefolgt“, so dürfen solche und ähnliche Äußerungen sicherlich nicht dazu verleiten, den Schluß zu ziehen, die Zurückgebliebenen hätten nicht alles verlassen, um dem Heiland nachzufolgen. Auch bei den im Norden Verbliebenen sind heroische Entschlüsse in verwickelten Situationen gefaßt worden, die von christlichem Heroismus eingegeben waren, und schließlich steht vor allen Christen des Nordens das Golgotha einer unerbittlichen Verfolgung. Wir Christen müssen die Katholiken in Nord- und Südvietnam mit gleicher Liebe umfassen. Unser Gebet aber muß heute am stärksten den Christen im Reiche Ho Chi Minhs zu Hilfe kommen.

Missionsgebetsmeinungen für das Jahr 1956 *Januar:* Daß die Katholiken Chinas, unter sich einig, eng mit der Kirche verbunden bleiben;

Februar: Für die Kirche in Vietnam;

März: Für die an die mohammedanischen Länder grenzenden Missionen Afrikas;

April: Um mehr Missionare für Korea;

Mai: Daß die Muttergottesverehrung die Ungläubigen zur wahren Religion führe;

Juni: Um Vermehrung der Priesterberufe in Indien, Pakistan, Burma, Ceylon und Indonesien;

Juli: Um Abwendung der Gefahr des atheistischen Materialismus von Afrika;

August: Um die religiöse Unterbauung der Jugend-erziehung in Japan;

September: Für die katholische Presse in den Missionsländern;

Oktober: Daß alle Gläubigen in hochherziger Opferbereitschaft der heutigen Not der Missionsländer zu Hilfe kommen;

November: Daß der soziale Aufbau Indonesiens nach christlichen Grundsätzen erfolge;

Dezember: Für die katholischen Schulen Afrikas.

Ökumenische Nachrichten

Das Dilemma von Canterbury Seit der fatalen Entscheidung der Kirche von England in Sachen der Weihen der Kirche von Südindien (CSI) hat eine kaum vorauszusehende kritische Entwicklung stattgefunden (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 501f.). Einige Konversionen führender anglikatholischer Geistlicher zur römisch-katholischen Kirche, die Aussicht auf einige mehr und die Romreise des Kardinals von Westminster, Erzbischof Griffins, die manche mit der Frage in Zusammenhang bringen, wieweit den übergetretenen Geistlichen trotz beibehaltener Ehe — und trotz des Widerstandes des katholischen Klerus in England gegen eine solche Lösung — die Priesterweihe erteilt werden könne, das alles ist nur der Anlaß einer ungewöhnlichen Unruhe unter jenen anglikanischen Geistlichen und Laien, die für das „katholische Erbe“ ihrer Kirche fürchten. Es zeigt sich, daß der so einmütig wirkende Beschluß der beiden Convocationen (Synoden) von Canterbury und von York am 6. Juli 1955 nicht die Meinung der ganzen anglikanischen Kirche darstellt. Denn anläßlich ihrer Oktobertagungen brach die Frage in großer Schärfe wieder auf. Der Erzbischof von Canterbury, Dr. G. F. Fisher, war gezwungen, für den Episkopat eine Erklärung abzugeben, die die bisherige kirchenpolitische Linie der Einsammlung aller einst aus der anglikanischen Kirche ausgeschiedenen nonkonformistischen Freikirchen: Presbyterianer, Methodisten und Kongregationalisten, jedenfalls in der Form einer Union in Frage stellt, und zwar teilweise aus Rücksicht auf das Urteil Roms!

Die Vorgänge machen nach den Berichten in der „Church Times“ vom 14. und 21. Oktober 1955 ein schweres, ja fast auswegloses Dilemma kund. Es kann damit nicht aus der Welt geschafft werden, daß der irenische und optimistische Bischof Dr. G. K. Bell von Chichester, der Sprecher für die Juli-Resolution und Ehrenpräsident des Weltrates der Kirchen, erklärte, es sei nur eine kleine Minderheit, die mit lauter Stimme anklage und von Sessession spreche, während eine größere Gruppe nur einer rechten Information bedarf. Daraus wird bereits deutlich, daß die Unruhe weitere Kreise ergriffen hat. Schließlich ist es nicht die Lautstärke einer wirklich noch ernst und dogmatisch denkenden Minorität, sondern das Gewicht ihrer Gründe, das entscheidet. Diese aber sind, wie die Aussprache ergibt, so schwerwiegend, daß selbst der kompromißfreudige britische common sense aufbegehrt.

Der Stimmungsumschwung in den Convocationen

Neben den wenigen Konversionen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 22) und den drängenden Gewissensfragen, die diese Geistlichen an die Zurückbleibenden richten (auf die wir noch ausführlich zurückkommen werden) und die in den Verhandlungen der Convocationen als „Hetzpropaganda gewisser römisch-katholischer Zeitschriften“ (z. B. des „Tablet“) bezeichnet wurden, sind als Tatbestände innerhalb der anglikanischen Kirche nur zu nennen die Petition von 400 Geistlichen an

die Convocation von York, der Vorstoß von Canon Lindsay Dewar auf der Convocation von Canterbury, der zugleich für die nächste Session eine ähnliche Petition ankündigte, und eine Resolution der sogenannten Annuntiatengruppe, d. h. der anglikatholischen Aktivisten. Dazu kommen allerdings, was in England oft entscheidend sein kann, die offenen Briefe führender Laien an die „Church Times“. Es sind nun nicht die Annuntiaten, die mit den stärksten Argumenten aufwarten. Ihre Kundgebung, die jetzt unter Leitung von Rev. J. B. M. Fox von St. Peter bei den London Docks stand, besagt: treu den katholischen Prinzipien der Kirche von England kommen wir darauf zurück, daß wir hinsichtlich der Orthodoxie der Kirche von Südindien und der Gültigkeit ihrer Weihen nicht überzeugt sind. Wir halten sie für irregulär. Daher verwerfen wir die Resolution vom 6. Juli und weigern uns, ihnen zu folgen, d. h. die Interkommunion mit Gliedern der CSI in England zuzulassen. Wir werden unter Klerus und Laien weitere Anhänger unserer Sache zu gewinnen suchen.

Wichtiger ist die Aktion, deren Sprecher Canon Dewar wurde. Er erklärte ausdrücklich, er stehe nicht für irgendeine anglikanische Partei, sondern für die Meinung der „Moderates“ (was in England soviel bedeutet wie die Vernünftigen, die eigentlich Recht haben). Er ging nicht so weit wie die Petition der 400 von York, die wegen der Zweideutigkeit der Entscheidung vom Juli 1955 die 1948 vorgesehene Frist von 30 Jahren abgewartet wissen will, ob bis dahin der Heilige Geist sein Werk an der CSI im Sinne einer vollen Anglikanisierung getan haben werde. Sein Antrag besagt vielmehr: angesichts der weitverbreiteten Mißverständnisse und der Unruhe, die die Resolution vom 6. Juli 1955 hervorgerufen hat, ist das Haus der Meinung, man solle die Durchführung so lange aussetzen, bis wir ein Urteil aller Diözesen der anglikanischen Kirche (außerhalb Englands) erhalten haben. In seiner Begründung führte er vor dem Unterhaus von Canterbury aus: die Resolution entspreche nicht der öffentlichen Meinung der Kirche von England, denn es zweifelten noch viele ihrer Glieder die Gültigkeit der südindischen Weihen an, u. a. auch deshalb, weil man sich bei der Rechtfertigung der Juli-Resolution des ziemlich begrenzten Arguments einer neuen westlichen, ja sogar römisch-katholischen Theologie bedient habe, nämlich des Arguments, daß die rechte Intention die Weihe gültig mache, die Bischöfe der CSI aber bei der Weihe nonkonformistischer Geistlicher die Intention hätten, zu tun, was Christus will. Man habe sich nicht an die Vorsicht der Lambethkonferenz von 1948 gehalten und zu rasch gehandelt. Canon Howard Dobson unterstützte diesen Antrag mit einer Abänderung, und so ging er mit großer Mehrheit durch: das Haus hat mit Bedauern die Unruhe, die die Juli-Resolutionen bewirkt haben, zur Kenntnis genommen und bestätigt, daß diese Beschlüsse keine katholischen Prinzipien der Kirche von England preisgegeben hätten. Es wird alles Erforderliche tun, um Klerus und Laien davon zu unterrichten, insbesondere von den Grenzen der Resolution, um alle Zweifel zu tilgen. Eine Suspendierung der Beschlüsse, so sagte er, sei schon zu spät, da sie bereits in Kraft gesetzt sind. Canon C. H. Hudgons fügte daraufhin einen Antrag hinzu, der dann die Rede des Erzbischofs weitgehend bestimmte, daß nämlich das Unionsexperiment der Kirche von Südindien nicht mehr wiederholt werden soll.